



Die Genfer Sanierung

Wie die Austeritätspolitik des Völkerbunds dem Austrofascismus den Weg ebnete

ADAM BALTNER

In den letzten Jahrzehnten hat sich in der Historiographie des Völkerbunds eine revisionistische Wende vollzogen: Auch wenn es dem Völkerbund nach seiner Gründung im Gefolge des Ersten Weltkriegs nicht gelang, künftige (Welt-)Kriege zu verhindern, so habe er doch beträchtliche Erfolge bei der Schaffung von Methoden multilateralen Regierens erzielt, die bis heute fortbestehen, stellen RevisionistInnen gern fest.¹ Dabei beziehen sie sich oft auf die *Economic and Financial Organization* (EFO) als positives Beispiel, denn diese habe viele „best practices“ etabliert, die Wirtschaftspolitik auf der ganzen Welt weiterhin prägen: Heute gilt die EFO als Vorgängerorganisation des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank sowie der Europäischen Union.² Angesichts der bahnbrechenden Leistungen der EFO in der Erhebung von wirtschaftlichen Daten sowie in der Förderung von Zusammenarbeit zwischen internationalen Experten verweist Susan Pederson auf ihre „solide Erfolgsbilanz“. ³ Obwohl politische Umstände, die jenseits ihrer Einflussnahme lagen, viele ihrer Ziele vereitelten, resümiert Patricia Clavin, habe die EFO zumindest versucht, „das Leben der Menschen durch wirtschaftliche, soziale und gesundheitliche Initiativen zu verbessern“ und damit „langfristig politische Stabilität und Frieden zu fördern“. ⁴ In einem bemerkenswert idealistischen Tenor geht die Oxford-Historikerin Clavin sogar so weit, die Haltung der EFO als „ein Glaubensbekenntnis zur ultimativen Vernunft der Menschheit“ zu charakterisieren. ⁵

Der vorliegende Beitrag zielt darauf ab, diese Erzählung im Lichte einer der bedeutendsten Episoden in der Geschichte der EFO kritisch zu untersuchen: des finanziellen Wiederaufbaus von Österreich, den die EFO in den 1920er Jahren anführte und bis in die 1930er Jahre hinein begleitete. ⁶ Nach dem Ersten Weltkrieg befand sich die junge Republik (Deutsch-)Österreich in

einer schwierigen Lage. Als Rumpfstaat, der aus dem deutschsprachigen Teil des zerfallenen Habsburgerreichs entstanden war, war Österreich von den rohstoffreichsten und landwirtschaftlich produktivsten Regionen des alten Reiches abgeschnitten worden. Ein massiver Einbruch des Handels in den ehemaligen Habsburger Gebieten löste in der Alpenrepublik eine Depression aus, gegen die der bankrotte Staat kaum etwas ausrichten konnte. Die Lage spitzte sich mit einer galoppierenden Inflation zu, die im Sommer 1922 ihren Höhepunkt erreichte. Doch gerade als die Lebensfähigkeit des jungen Staates so zweifelhaft wie noch nie schien, griff der Völkerbund ein: Auf Grundlage der Genfer Protokolle, einer von der noch im Entstehen begriffenen EFO (damals noch Provisorisches Wirtschafts- und Finanzkomitee genannt) geschmiedeten Vereinbarung, organisierte der Völkerbund Garantien für österreichische Staatsanleihen im Wert von 650 Millionen Goldkronen – den „ersten Rettungsschirm“ ⁷ der modernen Geschichte. Ein Jahrzehnt später wurden die Bedingungen dieser Vereinbarung im Lausanner Protokoll von 1932 bekräftigt, einem weiteren von der EFO organisierten Rettungsschirm, der Österreich helfen sollte, die Folgen der Weltwirtschaftskrise zu bewältigen.

In der revisionistischen Geschichtsschreibung wird diese Intervention des Völkerbunds als „großer Erfolg“ ⁸ gefeiert: Diese habe nicht nur die galoppierende Inflation beendet, sie sei auch ein „heldenhafter“ Moment ⁹ gewesen, in dem internationale Experten den „umfassenderen Interessen der internationalen Gemeinschaft“ ¹⁰ Vorrang vor engstirnigen national(istisch)en Interessen einräumten, um aus dem „Chaos“ wieder „Ordnung“ zu schaffen. Diese Erzählung ist mittlerweile zur Mainstream-Darstellung des finanziellen Wiederaufbaus von Österreich geworden. ¹¹ Sie steht jedoch in einem Spannungsverhältnis zu

zwei wesentlichen Tatsachen. Erstens war die „Genfer Sanierung“ ein Austeritätsprogramm, das massive Kürzungen der Staatsausgaben und eine äußerst restriktive Geldpolitik vorsah. Als solches löste sie eine hohe Arbeitslosigkeit aus und führte im weiteren Verlauf der 1920er Jahre zu depressiven Bedingungen, die sich mit dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise weiter verschärften. Zweitens war – zumindest innenpolitisch – die Ordnung, die das Programm zu schaffen vermochte, nicht von langer Dauer: Die Erste Republik brach kaum mehr als ein Jahrzehnt nach Genf und weniger als ein Jahr nach Lausanne zusammen und wurde durch den Austrofascismus ersetzt. In Anbetracht einer neulich erschienenen Studie der heterodoxen Ökonomin Clara E. Mattei, die darin die These vertritt, die Erfindung der Austerität durch Wirtschaftsexperten der Zwischenkriegszeit habe „dem Faschismus den Weg bereitet“, ¹² sowie in Anbetracht der Tatsache, dass Regierungen und multilaterale Organisationen gerade jetzt erneut auf Austerität drängen, während die extreme Rechte immer stärker wird, ¹³ scheint eine Neubewertung des Völkerbund-Programms und dessen Folgen dringend geboten zu sein.

Die Genfer Protokolle: Sanierung durch Abbau

Obwohl Verhandlungen über einen Rettungsschirm für Österreich bereits seit 1921 im Gange waren, war es die im Sommer 1922 akut gewordene Gefahr eines Staatszerfalls, die den Völkerbund zum Handeln veranlasste. Eine ebenfalls wichtige Rolle dabei spielte der christlichsoziale Kanzler Ignaz Seipel, der durch sein diplomatisches Manövrieren auf die Möglichkeit eines österreichischen Anschlusses an eines seiner Nachbarländer hindeutete – was die europäische Nachkriegsordnung, deren Erhalt Hauptaufgabe des Völkerbundes war, in eine fundamentale Krise gestürzt hätte. ¹⁴

Schließlich wurden am 4. Oktober die Genfer Protokolle unterzeichnet. Entsprechend der zentralen Bedeutung der Bewahrung des österreichischen Staates für den Völkerbund bekräftigte das erste dieser drei Dokumente Österreichs Bekenntnis zu seiner eigenen Unabhängigkeit, wie bereits 1919 im Vertrag von Saint-Germain festgeschrieben wurde. Das zweite und dritte Protokoll legten hingegen die Bedingungen fest, unter denen der bankrotte Staat gerettet werden sollte. Um der Abwärtsspirale der österreichischen Währung und des Staatshaushalts ein Ende zu setzen, garantierten die Regierungen Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei Kredite in Höhe von bis zu 650 Millionen Goldkronen, die die österreichische Regierung selbst über Kapitalmärkte aufnehmen musste. Im Gegenzug bot Österreich seinen Gläubigern als Sicherheit nicht nur seine Einnahmen aus Zöllen und dem staatlichen Tabakmonopol. Zudem musste die junge Republik eine Reihe von finanz-, geld- und industriepolitischen Reformen durchführen, um ihren Haushalt innerhalb von zwei Jahren zu sanieren. Doch damit nicht genug: Ebenfalls musste das österreichische Parlament eine Verfassungsreform verabschieden, die der Regierung die uneingeschränkte Befugnis einräumte, Maßnahmen zum Haushaltsausgleich ohne dessen Zustimmung durchzuführen, und um die Umsetzung dieser Maßnahmen sicherzustellen, musste sich Österreich der Haushaltskontrolle durch einen vom Völkerbund ernannten Generalkommissar unterwerfen. Diese Rolle wurde von Alfred Zimmerman übernommen, der zuvor Bürgermeister von Rotterdam gewesen war. Nach seinem Antritt als Generalkommissar im Dezember 1922 erhielt der niederländische Liberale Zimmerman die Kontrolle über die Konten, auf denen die durch das Rettungsprogramm beschafften Geldmittel lagen. Er wurde mit der Befugnis ausgestattet, diese Mittel vorzuenthalten, sollte er mit den Haushaltsentwürfen, die die österreichische Regierung jeden Monat an ihn abgeben musste, nicht zufrieden sein. Vor allem diese letzte Maßnahme hat zu Vorwürfen geführt, das Genfer Programm habe Österreich eine „ausländische Finanzdiktatur“ auferlegt.¹⁵ Selbstverständlich wird diesem Vorwurf von Völkerbund-RevisionistInnen heftig widersprochen.¹⁶ Allein seine Existenz widerlegt jedoch das alte Klischee, der Völkerbund sei deswegen gescheitert, weil seinen Verträgen Durchsetzungs-

mechanismen fehlten: Im Falle seiner österreichischen Intervention setzte der Völkerbund seine politischen Vorgaben durch die so genannte *power of the purse* – die Macht des Geldbeutels – recht wirksam durch.

Was genau waren diese Vorgaben zur Sanierung des österreichischen Haushaltes? In Bezug auf die Geldpolitik war die österreichische Regierung durch die Genfer Protokolle verpflichtet, „jegliches Recht zur Ausgabe von Papiergeld aufzugeben“ und eine Zentralbank zu gründen, die allein die Kontrolle über die Geldmenge übernehmen sollte. Diese Bank sollte „vollständige Autonomie in ihren Beziehungen zur Regierung“ genießen, obwohl es irreführend wäre, sie als unabhängig zu bezeichnen: Wie das dritte Protokoll festlegte, konnten die Statuten der Bank geändert werden, wenn die EFO dies „für notwendig erachtete“.¹⁷ Auf Initiative von Vertretern des Völkerbundes und der Garantmächte war sie gezwungen, einen ausländischen Berater zu ernennen, der alle wichtigen Entscheidungen ihres Vorstands absegnen musste.¹⁸ Am 18. Mai 1923, nur wenige Monate nach Aufnahme ihrer Tätigkeit in Jänner desselben Jahres, legte die Österreichische Nationalbank den Wert der Krone an den goldgedeckten US-Dollar fest und machte Österreich damit zum zweiten europäischen Staat (nach Litauen), der den Goldstandard wieder einführte, nachdem dieser während des Ersten Weltkriegs weitgehend aufgehoben wurde.¹⁹ Die neue Bank bewahrte auch laut Eduard März und Fritz Weber ein „gemessen an dem des westlichen Auslandes“ so hohes Zinsniveau, dass dieses „ein manchmal geradezu groteskes Ausmaß erreichte“.²⁰ In Bezug auf die Finanz- und Industriepolitik sah eine als Anhang zu den Genfer Protokollen veröffentlichte Erklärung der EFO vor, dass Österreich die Preise für staatliche Dienstleistungen und für Konsumgüter staatlicher Unternehmen erhöhen musste; ausdrücklich genannt wurden in diesem Zusammenhang Maßnahmen wie „die Erhöhung der Eisenbahn-, Post-, Telegraf- und Telefongebühren“ und „die Erhöhung der Preise, zu denen die Produkte des Tabak- und Salzmonopols verkauft werden“. Insgesamt seien laut der Erklärung die beiden „wichtigsten erforderlichen Maßnahmen“ für Österreich ein „Abbau der staatlichen Industrieunternehmen“ (*reduction of state industrial enterprises*) und ein „Abbau der Beamtenzahl“ (*reduction of officials*) gewesen: Einerseits habe Österreich ent-

weder staatliche Unternehmen privatisieren oder sie gewinnorientiert betreiben müssen, andererseits habe der Staat die Kosten für den öffentlichen Dienst um ein Drittel senken müssen.²¹

Die ausdrückliche Betonung des „Abbaus“ im Anhang zu den Genfer Protokollen gibt Aufschluss über die Natur des Völkerbund-Programms für Österreich. Wie die konkreten Vorgaben der EFO zum Haushaltsausgleich zeigen, zielte dieses Programm nicht einfach auf einen „Wiederaufbau“ (*reconstruction*) oder auf eine „Sanierung“ ab, sondern genauer gesagt auf eine Sanierung durch Abbau bzw. durch eine Reduzierung der Staatsausgaben und der staatlichen Beteiligung an der Wirtschaft im weiteren Sinne – oder auf die Durchsetzung eines wirtschaftspolitischen Rahmens, der heute üblicherweise als Austerität bezeichnet wird. Von 1922 bis 1926, also in der Zeit, in der das Programm offiziell in Kraft war, wurden Kürzungen dieser Art flächendeckend durchgeführt. Sie werden besonders ausführlich in der Forschung von Barbara Warnock behandelt, aus der hier einige Beispiele angeführt werden können: Mehr als 85.000 (28 Prozent) der Beamten wurden gekündigt; Subventionen für die Eisenbahn wurden gestrichen und das System wurde auf gewinnorientierter Basis umstrukturiert; Postgebühren wurden um 50 Prozent erhöht; Ausgaben für das Gesundheitswesen wurden um 25 bis 30 Milliarden Kronen gekürzt, was zu Krankenhausschließungen führte; und Pensionen für Kriegsveteranen und -witwen wurden ebenfalls gekürzt.²²

Des Weiteren wurden geplante staatliche Investitionsprojekte gestrichen, auch wenn sie die Produktionskapazität der Wirtschaft in Österreich erhöht und somit zur Überwindung der strukturellen Ursachen seiner Wirtschaftskrise beigetragen hätten, da die im Rahmen des Rettungsplans aufgenommenen Kredite nicht für neue Investitionen vorgesehen waren. So wurde beispielsweise ein Antrag auf ein Darlehen für Investitionen in den Ausbau der Wasserkraft auf Geheiß der EFO abgelehnt,²³ ebenso wie Darlehensanträge für Investitionen in das Eisenbahnnetz.²⁴ Zwar umfassten neben zahlreichen Kürzungen die von der EFO forcierten Sanierungsmaßnahmen auch einige Steuererhöhungen, doch betrafen diese in erster Linie „regressive“ indirekte Steuern von etwa Rohstoffen oder Konsumartikeln anstatt „progressiver“ direkter Steuern von Einkommen oder Vermögen.

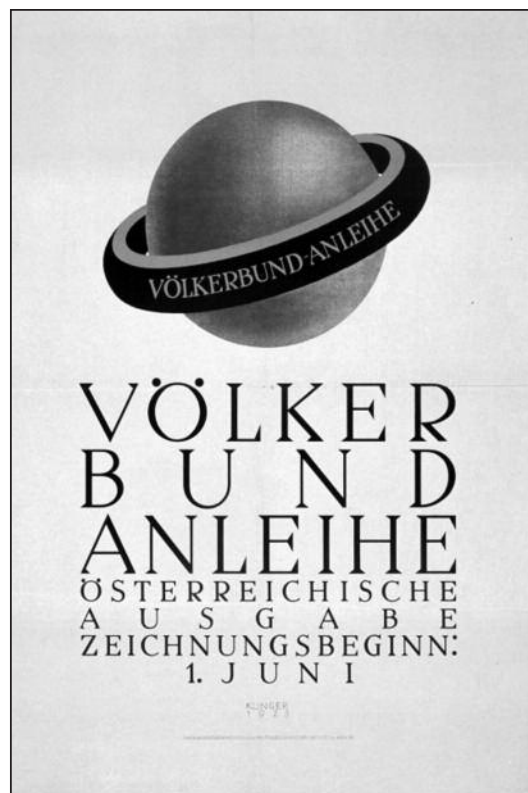
Der durch die Genfer Protokolle festgelegte Austeritätskurs schaffte es zwar, die galoppierende Inflation zu beenden und den österreichischen Haushalt auszugleichen. Da diese Ziele jedoch durch Kürzungen der öffentlichen Investitionen bei gleichzeitiger Erhöhung der Steuerlast für die allgemeine Bevölkerung erreicht wurde, führte der Kurs auch zu einer erheblichen Unzufriedenheit. Diese äußerte sich in einer wachsenden Unterstützung für die großdeutsche Bewegung, denn, wie Peter Berger schreibt, „Befürworter einer österreichisch-deutschen Vereinigung behaupteten, dass das wirtschaftliche Elend, unter denen [im Rahmen des Wiederaufbauprogramms] hunderttausende Österreicher zu leiden hatten, hätte vermieden werden können, wenn anstelle der anglo-französischen Kredite deutsche Wirtschaftshilfe gewährt worden wäre“.²⁵ Letztlich veranlasste diese Reaktion auf das Elend – nicht das Elend selbst – den Völkerbund dazu, sein Programm frühzeitig zu beenden. Dennoch setzte nach dem Abzug des Völkerbundes kein neuer wirtschaftspolitischer Kurs ein, denn die Arbeiterfeindlichkeit des alten passte nur allzu gut zur Weltanschauung der christlichsozialen österreichischen Regierung. Auch beim Völkerbund selbst kam es in den darauffolgenden Jahren, trotz der Unbeliebtheit seines Programmes, zu keinem wirtschaftspolitischen Überdenken: Als 1931 die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise einen Bankenzusammenbruch und eine weitere Finanz- und Währungskrise in Österreich auslösten, sorgte die EFO dafür, dass der Staat Kredite erhielt auf der Grundlage des Lausanner Protokolls – einem Abkommen, dessen Bedingungen „der Genfer Sanierung nachgebildet“ waren.²⁶

Revisionistische Verteidigungen

Über die Schwere der Krise, mit der die österreichische Wirtschaft in den unmittelbaren Nachkriegsjahren konfrontiert war, sind sich WissenschaftlerInnen weitgehend einig. Jedoch gehen ihre Einschätzungen hinsichtlich der konkreten Form der Krisenintervention des Völkerbundes erheblich auseinander. Im Mittelpunkt dieser Debatten – wenn auch nicht immer explizit – steht die Frage, wie Austerität aufzufassen ist. War das Austeritätsprogramm der EFO eine schmerzhaft, aber notwendige Maßnahme zur Rettung der jungen Republik? Oder gab es alternative Wiederaufbauprogramme, die zu weitaus geringeren sozialen Kosten Österreichs Haushalt ausge-

glichen und seine Währung stabilisiert hätten? Schaffte dieses Programm, indem es Chaos beseitigte und Ordnung wiederherstellte, die Bedingungen für eine nachhaltig funktionierende Wirtschaft? Oder verlängerte es bloß depressive Bedingungen, die sich nach dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise noch verschlimmerten? Mit diesen Fragen verbunden sind auch weitere Fragen der nationalen Souveränität und des wirtschaftlichen Imperialismus. Hat die EFO Österreich gegen seinen Willen auf Geheiß ausländischer Bankiers Sparmaßnahmen auferlegt? Oder wurden die Sparmaßnahmen im Rahmen einer freiwilligen Partnerschaft zwischen der EFO und der österreichischen Regierung umgesetzt?

Einige Völkerbund-RevisionistInnen räumen ein, dass der in den Genfer Protokollen vorgesehene Austeritätskurs ernsthafte Probleme verursachte. Dennoch verteidigen sie das Wiederaufbauprogramm insgesamt. Eine solche bedingte Verteidigung formuliert Patricia Clavin wie folgt: Zwar habe die von der EFO forcierte Rückkehr Österreichs zum Goldstandard „hohe Steuern, niedrige Löhne für öffentliche Angestellte und ein vergleichsweise geringes Wirtschaftswachstum“ zur Folge gehabt, was zu einem „erheblichen Deflationsdruck“ geführt habe. Das Programm sei aber letzten Endes eine „beeindruckende Leistung“ gewesen, da es die Krone stabilisiert und den österreichischen Haushalt saniert habe. Zudem seien die Probleme des Programmes nicht der EFO anzulasten, sondern der „Goldstandard-Ideologie“, die „die Wirtschaftspolitik weltweit in den 1920er Jahren dominierte“: als Organisation für die Förderung von Zusammenarbeit zwischen internationalen Experten habe die EFO lediglich „das damals herrschende wirtschaftliche Denken widerspiegelt“, als sie die Genfer Protokolle ausarbeitete; in den 1930er Jahren habe sie jedoch „neue, kreative Ansätze für die wirtschaftliche Zusammenarbeit gefördert“.²⁷ Worin solche Ansätze bestanden oder wann sie angingen, konkretisiert Clavin allerdings nicht. Jedenfalls scheinen die erheblichen Ähnlichkeiten zwischen den Genfer Protokollen von 1922 und dem Lausanner Protokoll von 1932, auf die Clavin nicht eingeht, darauf hinzudeuten, dass die



Plakat zur „Völkerbundanleihe“ des Grafikers Julius Klinger aus dem Jahr 1923.

EFO zumindest bis in die frühen 1930er Jahre an ihrer Austeritätspolitik festhielt.

In ihrer Verteidigung der Genfer Sanierung behauptet Clavin nicht, dass der Goldstandard im Speziellen oder Austerität im Allgemeinen aus technischer Sicht notwendig gewesen seien, um die Finanz- und Währungskrise Österreichs zu lösen. Vielmehr scheint sie zu implizieren, andere Ansätze zur Krisenbewältigung hätten auch funktionieren können, wenn nur die historische Dominanz der Austeritätsideologie (bzw. „Goldstandard-Ideologie“) ihre Umsetzung nicht verunmöglicht hätte. Im Gegensatz zu dieser Deutung argumentiert der Historiker Nathan Marcus, die Austeritätspolitik sei – so „kostspielig, schmerzhaft und politisch schwierig“²⁸ sie auch war – sehr wohl unverzichtbar gewesen, um Österreichs Wirtschaft wieder auf Kurs zu bringen. Ausgehend von dieser Annahme widerspricht Marcus vehement der Auffassung, die Genfer Sanierung habe eine „ausländische Finanzdiktatur“ errichtet.²⁹ Ihm zufolge kehre diese Lesart die Dinge um: Durch seine Einführung einer „multilateralen Finanzkontrolle“ (Marcus’ bevorzugter Begriff für „ausländische Finanzdiktatur“) habe der Völkerbund der österreichischen Regierung eigentlich einen Gefallen getan, denn diese Kontrolle habe der Regierung „einen Sündenbock geschenkt, dem man unpopuläre Maßnah-

men anlasten konnte, um so den politischen Frieden im Land zu sichern“.³⁰ In seiner Argumentation bezieht sich Marcus auf umfangreiche Archivalien, die eine überwiegend bereitwillige Zusammenarbeit zwischen EFO-Mitarbeitern und österreichischen Politikern belegen. Insbesondere zeigt er, dass Ignaz Seipel „die Präsenz des Völkerbundes in Wien begrüßte“, da dieser Seipels „politische Position gegenüber parlamentarischer Einmischung“ stärkte.³¹ Diese Beschreibung von parlamentarischer Opposition, einem Standardmerkmal des politischen Prozesses in parlamentarischen Demokratien, als „parlamentarische Einmischung“ verdeutlicht, wie fest Marcus davon überzeugt ist, dass es keine Alternative zum von der Genfer Sanierung auferlegten Austeritätskurs gegeben habe. Die mit Abstand stärkste oppositionelle Kraft, die Sozialdemokratie, benutzte das Parlament in den frühen 1920er Jahren als Bühne, um gegen die strengsten Maßnahmen des Wiederaufbauprogrammes zu agitieren und damit für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung einzutreten.

Keynesianische Kritik

Eine ganz andere Sichtweise auf Austerität liegt keynesianisch geprägten Bewertungen der Genfer Sanierung zugrunde, von denen sich viele auf sozialdemokratische Argumente aus der Zwischenkriegszeit stützen. Diese historiografische Strömung betont die schmerzhaften Auswirkungen der Austerität auf die allgemeine Bevölkerung. Zudem argumentiert sie, der Austeritätskurs der EFO sei zur Lösung der Haushalts- und Währungskrise nicht nur unnötig, sondern sogar kontraproduktiv gewesen. Ein neueres Beispiel dieser Argumentationslinie findet sich bei Barbara Warnock. Warnock räumt zwar ein, dass das Wiederaufbauprogramm zumindest kurzfristig seine eng gefassten Ziele der Haushaltssanierung und Währungsstabilisierung erreicht habe, hält jedoch fest, dass der Austeritätskurs „zur Entstehung einer depressiven Wirtschaftslage in Österreich beigetragen“ habe. Sie verweist dabei auf stagnierendes Wachstum, ein anhaltendes Handelsdefizit, eine hohe Zahl von Unternehmensinsolvenzen sowie auf Arbeitslosenquoten, die sogar die Zeit der Hyperinflation übertrafen und bis Ende der 1920er Jahre anstiegen – und das alles noch bevor die Weltwirtschaftskrise überhaupt eingesetzt hatte.³²

Wenn jedoch – entgegen der Interpretation von Marcus – die Austerität

tatsächlich mehr Schaden als Nutzen für die österreichische Wirtschaft brachte, war ihre Umsetzung durch die EFO angesichts der Dominanz der Austeritätsideologie in den 1920er Jahren trotzdem unvermeidlich, wie Clavin behauptet? Zwar stimmt es, dass „die Vorstellungen von antizyklischen Staatsausgaben zu dieser Zeit noch nicht vollständig entwickelt waren“, wie Warnock selbst einräumt. Doch haben andere keynesianische KritikerInnen der Genfer Sanierung darauf hingewiesen, dass es durchaus alternative Vorschläge zur Bewältigung der Krise in Österreich gab. So hat zum Beispiel Karl Ausch bereits in den 1960er Jahren daran erinnert, dass sowohl der Austromarxist Otto Bauer als auch der „bürgerliche Ökonom“³³ und Journalist Gustav Stolper alternative Pläne zum Ausgleich des österreichischen Haushalts vorlegten: beide Pläne hätten die beträchtlichen Gold- und Währungsreserven der österreichischen Banken zur Kapitalbeschaffung genutzt, anstatt Kredite aufzunehmen, die mit Investitionsbeschränkungen verbunden waren.³⁴ Sowohl Bauer als auch Stolper zufolge lag die Ursache der österreichischen Krise im Zusammenbruch des Habsburger-Wirtschaftsraums, wodurch die österreichische Industrie sieben Achtel ihres durch Zölle geschützten Exportterritoriums verloren hatte. Um diese Krise zu überwinden, habe die österreichische Industrie vor allem ihre Produktionskosten senken müssen, doch das vom Völkerbund vorgeschriebene Programm habe den gegenteiligen Effekt gehabt.

Stolper erklärte: „Der ausschlaggebende Einwand gegen dieses Finanzprogramm ist jedoch [...] der konzentrische Angriff, den der Plan in allen seinen Teilen auf die Konkurrenzfähigkeit der Industrie richtet. Phasensteuer, Hochschutzzölle, Vervielfachung der Mietzinse, Brotverteuerung, Erhöhung der Bahntarife und Verteuerung von Gas und elektrischem Strom treiben von allen Seiten die Produktionskosten der Industrie in einer Weise hoch, daß an eine Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit im Export für die große Masse der österreichischen Industriebetriebe nicht mehr zu denken ist.“³⁵ An anderer Stelle verurteilte Stolper das Programm in noch schärferen Worten: „Das Unwahrscheinliche an diesem ganzen Entwurf ist die mechanische Brutalität, mit der er das Problem angeht, die Ahnungslosigkeit, mit der er den Existenzbedürfnissen der Wirtschaft, aber auch den sozialpsychischen Bedingungen jeder durchgreifenden Reform gegenüber-

steht.“³⁶ Solche Meinungen zeigen, dass die vermeintliche Dominanz der Austeritätsideologie in den 1920er Jahren selbst unter Mainstream-Ökonomen keineswegs universell war.

Angesichts der alternativen Vorschläge zur Genfer Sanierung lässt sich dieses Programm umso leichter als Misserfolg bewerten. Zu diesem Schluss kommt auch Barbara Warnock: „Die Architekten des Schemas“, schreibt sie, „haben die weiterreichenden sozialen und politischen Auswirkungen ihrer Arbeit nicht besonders berücksichtigt.“³⁷ War es jedoch wirklich so, dass die Verfasser der Genfer Protokolle ihre Arbeit nicht unter politischen Gesichtspunkten betrachteten? Ein Blick in das Archiv auf ein Memo des EFO-Leiters Frank H. Nixon lässt etwas anderes vermuten. Am 15. April 1922 schrieb Nixon: „Der österreichische Kontrolleur [der Völkerbund-Generalkommissar für Österreich, Anm.] müsste auf einer möglichst konsequenten Sparpolitik bestehen, auf der Entlassung einer großen Anzahl von Beamten, auf der Abschaffung aller Arten von staatlichen Subventionen für die Privatwirtschaft, auf der endgültigen Abschaffung der Lebensmittelsubventionen und so weiter. Andererseits müsste er die Einnahmen steigern und zu diesem Zweck zwischen Krediten und Steuern, zwischen direkten und indirekten Steuern wählen. *All diese Aufgaben sind nun einmal so politisch, wie es nur sein kann.* Die Entlassung von Eisenbahnangestellten in Österreich bedeutet einen Konflikt zwischen der Regierung und der am besten organisierten Gewerkschaft in einem Land, in dem die Sozialdemokratie mehr Macht hat als irgendwo sonst in Europa. Die Abschaffung der Lebensmittelsubventionen bedeutet eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten, die Wahl zwischen den verschiedenen Methoden der Einnahmenerzielung ist die grundlegende Frage der Klassenpolitik. Es lässt sich nicht vermeiden, dass die Wiederherstellung solider Finanzen in Österreich mit erheblichen Härten für bestimmte Bevölkerungsgruppen verbunden sein wird. Die Entscheidung, welche dieser Gruppen davon betroffen sein werden, ist die Verantwortung, die der Kontrolleur übernehmen soll.“³⁸

Nixons Anmerkung zeigt, dass führende EFO-Beamte den finanziellen Wiederaufbau Österreichs nicht als technokratische Angelegenheit zur Erzielung bestmöglicher wirtschaftlicher Ergebnisse auffassten, sondern als politische Aufgabe, bei der Entscheidungen „zwischen

den verschiedenen Methoden der Einnahmenerzielung“ getroffen werden mussten. Solche Entscheidungen seien mit Werturteilen verbunden und mussten zwangsläufig „bestimmte Bevölkerungsgruppen“ stärker belasten als andere. Nimmt man diese Anmerkung ernst, so lässt sich Folgendes daraus schließen: Um die Genfer Sanierung als Erfolg oder Misserfolg zu bewerten, muss man die Entscheidung ihrer Architekten für einen Austeritätskurs nicht nur aus wirtschaftlicher, sondern auch aus politischer Sicht betrachten. Und dafür bietet die neue Studie zu Austerität von Clara E. Mattei ein nützliches Werkzeug.

Nicht nur ein ökonomisches, sondern ein politisches Projekt

Heute ist wirtschaftliche Kritik an der Austerität gang und gäbe. Das Besondere an Matteis Buch „Die Ordnung des Kapitals. Wie Ökonomen die Austerität erfanden und dem Faschismus den Weg bereiteten“ ist, dass es über diese Kritik hinausgeht und eine umfassende politische Theorie der Austerität entwickelt. Gegen die These, Austerität sei wegen ihrer ausführlich dokumentierten depressiven Wirkungen als eine Form des „Wahnsinns“³⁹ zu deuten, schlägt Mattei vor, sie „als eine Reaktion nicht nur auf Wirtschaftskrisen, sondern auf Krisen des Kapitalismus an sich“ zu betrachten, oder als ein „wichtiges Bollwerk zur Verteidigung des kapitalistischen Systems.“ Während eine Wirtschaftskrise etwa in einer „Verlangsamung des Wachstums“ oder einem „Anstieg der Inflation“ besteht, befindet sich der Kapitalismus selbst nur dann in einer Krise, „wenn sein zentrales Verhältnis (der Verkauf von Produkt für Profit) und seine zwei tragenden Säulen (das Privateigentum an den Produktionsmitteln und das Lohnverhältnis zwischen Besitzenden und Arbeitenden) von der Öffentlichkeit angefochten werden, insbesondere von den Arbeiterinnen und Arbeitern, die den Kapitalismus am Laufen halten“. In Zeiten, in denen Auseinandersetzungen dieser Art an der Tagesordnung sind, will die Austerität „Alternativen zum Kapitalismus ausschließen“, indem sie die Vorrangstellung des Privateigentums und des Lohnverhältnisses bekräftigt – „und nicht, wie oft behauptet wird, dazu, die Wirtschaftsindikatoren eines Landes spontan zu verbessern“.⁴⁰

Sowohl ein Werk wirtschaftspolitischer Theorie als auch eine Geschichte von Europa der Zwischenkriegszeit, verortet „Die Ordnung des Kapitals“ die



Plakat der Sozialdemokratischen Partei zur Nationalratswahl 1923

Entstehung der Austeritätsideologie in den Jahren unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg – „einer Zeit beispielloser sozialer Organisation und öffentlicher Agitation der arbeitenden Klassen“.⁴¹ Während des Kriegs, so stellt Mattei fest, gab es eine Reihe von „außerordentlichen staatlichen Maßnahmen [...], die die Kapitalakkumulation durch die Eigentümer der Privatindustrie vorübergehend unterbrechen“. Nicht nur wurden Industrien verstaatlicht und Löhne und Preise fixiert, sondern Staaten verabschiedeten sich vom Goldstandard, der seit seiner Einführung im 19. Jahrhundert für eine strenge Haushalts- und Währungspolitik gesorgt hatte. Dieser Staatsinterventionismus sei notwendig geworden, um den Krieg zu finanzieren. Gleichzeitig habe er auch deutlich gemacht, „dass Lohnverhältnisse und die Privatisierung der Produktion – weit davon entfernt, ‚natürlich‘ zu sein – politische Entscheidungen einer Klassengesellschaft waren“.⁴² Letzten Endes habe er die beiden Säulen des Kapitalismus einer politischen Anfechtung ausgesetzt – und inmitten der Entbehrungen der Nachkriegsjahre kam es zu einer Krise des Kapitalismus samt militanten Arbeitskämpfen und revolutionären Anstrengungen. Diese Atmosphäre des radikalen Brodelns habe aber wiederum eine Reaktion von prokapitalistischen Wirtschaftsexperten ausgelöst: diese versuchten, die Ideologie der Austerität als gesunden Menschenverstand zu etablieren und förderten die Übernahme dieser Ideologie durch Regierungen.

Mattei zufolge sei der Völkerbund ein wichtiges Instrument dieser Gegenoffensive gewesen. 1920 veranstaltete er in Brüssel die „erste internationale Finanzkonferenz der Welt“. Auf dieser Konferenz wurde die These propagiert, die Ursachen für die Wirtschaftskrisen der verschiedenen Teilnehmerländer seien „nicht etwa strukturelle ökonomische Widersprüche oder die Entscheidung, einen großen, teuren Krieg zu führen“ gewesen, sondern ihre eigenen BürgerInnen, weil diese „sich wünschten, über ihre Verhältnisse zu leben“: Austerität sei daher notwendig gewesen, um die im Laufe des Kriegs überhöhten Erwartungen von BürgerInnen gegenüber ihren Regierungen wieder zu senken und damit die „Untergrabung der Säulen des Kapitalismus“ entgegenzuwirken.⁴³ Ein weiteres Indiz, dass der Völkerbund – entgegen Patricia Clavin – nicht einfach Opfer der Austeritätsideologie war, die „die Wirtschaftspolitik weltweit in den 1920er Jahren dominierte“, sondern aktiv zum Aufbau deren Dominanz beitrug, sieht man darin, dass die zwei Chefarchitekten der Austerität im Zentrum der Studie von Mattei die britischen Ökonomen Basil Blackett und Otto Niemeyer sind: Sowohl Blackett als auch Niemeyer waren in den 1920er Jahren Mitarbeiter der EFO, wo sie für die Umsetzung von Austeritätsprogrammen nicht nur in Österreich, sondern auch in Bulgarien oder Griechenland direkt verantwortlich waren.⁴⁴

Wie der Untertitel ihres Buches andeutet, betont Mattei den autoritären Charakter der Austerität als politisches Pro-



Alfred Zimmerman (1869–1937), Generalkommissar des Völkerbundes für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Österreichs (1923–1926)

jekt. Zu diesem Zweck unternimmt sie eine vergleichende Analyse der politischen Ökonomien Großbritanniens und Italiens in der Zwischenkriegszeit. Obwohl es sich bei ersterem um eine parlamentarische Demokratie und bei letzterem um eine faschistische Diktatur handelte, zeigt Mattei, dass Austerität in beiden Ländern den Kapitalismus schützte, indem sie demokratische Einflussmöglichkeiten im Bereich der Wirtschaftspolitik einschränkte und die strukturelle Macht der Arbeiterklasse schwächte. Mattei hebt auch hervor, wie die Befürwortung von Austerität durch bürgerliche Ökonomen maßgeblich zur Konsolidierung des italienischen Faschismus beitrug, und wie dieser wiederum ohne jegliche parlamentarische Hemmnisse Austerität gewaltsam durchsetzen konnte. In gewisser Weise liefert Österreich jedoch ein anschaulicheres Beispiel für die These, dass Austerität dem Faschismus den Weg bereitete, denn im Gegensatz zu Großbritannien und Italien war Österreich in der Zwischenkriegszeit eine parlamentarische Demokratie (1918/19ff.), die ein Austeritätsprogramm umsetzte (1922ff.) und schließlich zu einer faschistischen Diktatur wurde (1933/34).

Matteis politische Theorie der Austerität ermöglicht eine neue Perspektive auf die Genfer Sanierung: dieser Theorie zufolge begreifen KritikerInnen das Wesentliche an solchen Austeritätsprogrammen nicht, wenn sie vor allem auf deren negative Auswirkungen auf Wirtschaftsindikatoren fokussieren, denn eine Verbesserung von solchen Indikatoren ist nicht das vorrangige Ziel der Austerität. Vielmehr besteht dieses darin, in Krisenzeiten den Kapitalismus gegen Heraus-

forderungen zu verteidigen. Der „Erfolg“ des Völkerbund-Wiederaufbauprogrammes für Österreich muss also unter diesem Gesichtspunkt bewertet werden.

Ein „erfolgreiches“ Projekt der kapitalistischen Restauration

Die Absicht der Genfer Sanierung, politische Herausforderungen für den Kapitalismus zu vereiteln, wird in der internen Kommunikation der EFO ersichtlich – und nicht nur durch das wiederholte Verweisen auf den vermeintlichen „Bolschewismus“, der die junge Republik bedroht habe.⁴⁵ In einem Brief vom Oktober 1922 über die Ernennung Alfred Zimmerman zum „Generalkommissar des Völkerbundes für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Österreichs“, lobte Basil Blackett den Rotterdamer Bürgermeister Zimmerman als „eine sehr gute Wahl – die bestmögliche“, denn er habe „in Rotterdam Sozialisten mit Taktgefühl und Erfolg bekämpft“.⁴⁶ Dass die Fähigkeit, erfolgreiche Kämpfe gegen Sozialisten zu führen als wichtige Qualifikation für den Chefaufseher der Genfer Sanierung angesehen wurde, ist ein eindeutiger Hinweis auf die politischen Ziele des Programms.

Obwohl Zimmerman sich während seiner Zeit als Politiker taktvoll verhalten haben mag, schlug er gegenüber seinen Völkerbundkollegen einen weniger subtilen Ton an, als er die Notwendigkeit betonte, Sparmaßnahmen mit eiserner Hand durchzusetzen. In seinem ersten Bericht des Generalkommissars über das Wiederaufbauprogramm schrieb er: „Die in den Genfer Protokollen geforderten Reformen sind so streng, dass sie nur von einer starken und furchtlosen Regierung durchgeführt werden können. Die Protokolle basieren ja auf Überlegungen dieser Art, denn sie sehen vor, dass während der Zeit des Wiederaufbaus die Regierung mit besonderen Befugnissen ausgestattet werden muss. Es ist klar, dass die Regierung nicht nur mit außerordentlichen Kräften ausgestattet werden muss. Sie muss auch den Willen, den Mut sowie die Stärke besitzen, um sie anzuwenden, um den Haushalt innerhalb der relativ kurzen Zeit, die für diese Umstrukturierungsarbeit vorgesehen ist, zu sanieren. Kurz gesagt: es ist die Pflicht der Regierung, die notwendigen Maßnahmen ohne Zögerungen zu ergreifen. Sie darf keinerlei politische Erwägungen berücksichtigen, selbst wenn das (wie ich es für unvermeidlich halte) den Interessen und Wünschen mehr oder weniger wichtiger Teile der Bevölkerung zuwiderläuft.“⁴⁷

Zimmermans Äußerungen legen den logischen Zusammenhang zwischen Austerität und Autoritarismus offen, den Mattei theoretisiert. Angesichts der „Strenge“ (Nota bene: die wortwörtliche Definition von „Austerität“) der in den Genfer Protokollen vorgeschriebenen Maßnahmen und wie sie den Interessen „mehr oder weniger wichtiger“ Bevölkerungsgruppen schaden würden, gab Zimmerman gegenüber seinen Kollegen offen zu, dass deren Durchsetzung eine Regierung mit „außerordentlichen Kräften“ – mit Befugnissen, die über die üblichen demokratischen Prozesse hinausgingen – voraussetzte. Aus diesem Grund seien die Genfer Protokolle bewusst strukturiert worden, dass sie die Demokratie einschränkten: Nicht nur übertrugen sie der österreichischen Regierung die Befugnis, Maßnahmen zum Haushaltsausgleich ohne Zustimmung des Parlaments durchzuführen, sie schafften auch das Amt des Generalkommissars, der ein Vetorecht über die Haushaltsentwürfe der Regierung innehatte. In einem Brief an EFO-Beamte vom 16. Juni 1921 schrieb Montagu Norman, der Gouverneur der Bank of England und ein weiterer Architekt des Wiederaufbauprogramms, dieses Amt sei mit einer Person von „hohem Ansehen, großer Autorität und autokratischen Befugnissen“ zu besetzen.⁴⁸

Weitere Belege für die antisozialistischen Vorurteile der Sanierungsarchitekten finden sich in Äußerungen von Ignaz Seipel nach seiner Rückkehr von Verhandlungen in Genf im September 1922. Er hielt im selben Monat bei einer christlichsozialen Kundgebung in Wien eine Rede, die in Bezug auf „Bevölkerungsgruppen“ eine auffallend ähnliche Rhetorik wie Zimmermans Bericht anwendete: „Ich gebe zu, ich habe nicht den vollen Glauben an alle Gruppen der Bevölkerung und vor allem nicht an alle Vertreter der verschiedenen Gruppen der Bevölkerung. Dieser Mangel an Glauben an eine gewisse Gruppe und Partei in unserem Staate ist in der ganzen Welt zu sehen. Wenn ich nichts anderes für mich persönlich aus Genf mitgebracht hätte, als dass ich gesehen habe, wie in der ganzen Welt das Misstrauen gegen Österreich auf jene Zeiten zurückgeht, in denen hier die Sozialdemokraten die erste Geige gespielt haben, so wäre die Lehre, die sich daraus ergibt, schon ein Gewinn für mich. Wenn es irgend etwas bei uns gibt, was auch draußen noch ein wirkliches Misstrauen hervorruft, so sind es gerade gewisse Überbleibsel aus der Zeit der sozialdemokratischen Vorherrschaft.“⁴⁹

Mit „Überbleibseln“ meinte Seipel die Erfolge, die die österreichische Arbeiterbewegung in den ersten beiden Jahren der Republik unter einer sozialdemokratisch geführten großen Koalition erzielt hatte: In dieser Zeit wurden etwa gesetzliche Rahmenbedingungen für Tarifverträge und Betriebsräte geschaffen und arbeitsrechtliche Meilensteine wie der Achtstundentag und bezahlte Urlaubszeit eingeführt. Dass solche Rechte „ein wirkliches Misstrauen“ unter Austeritätsbefürwortern in Genf (wenn nicht unbedingt „in der ganzen Welt“) erweckt hatte, lässt sich kaum überraschen.

Wie schon oben erwähnt, hat Nathan Marcus durch seine umfangreiche Archivrecherche nachgewiesen, dass Völkerbund-Funktionäre und österreichische Politiker wie Seipel über die Bestimmungen der Genfer Protokolle weitgehend einig waren. Aus diesem Grund widerspricht er der Behauptung, das Programm sei eine „ausländische Finanzdiktatur“ gewesen. Tatsächlich hat Marcus Recht, wenn er Einwände gegen die Unterstellung erhebt, das Wiederaufbauprogramm sei Österreich völlig von außen und ohne Unterstützung von innenpolitischen Akteuren aufgezwungen worden. Doch die Tatsache, dass Seipel und seine christlichsozialen Verbündeten das Programm befürworteten, entlastet es kaum von den Vorwürfen, es sei autoritär, antidemokratisch oder arbeiterfeindlich gewesen. Im Gegenteil: 1933/34 war es der christlichsoziale Kanzler Engelbert Dollfuß, der das Parlament auflöste und ein faschistisches System in Österreich errichtete. Darüber hinaus diente, wie Marcus selbst einräumt, die in den Genfer Protokollen verankerte Einschränkung des demokratischen Einflusses auf die Wirtschaft Seipel als nützliches Instrument, um parlamentarische Opposition zu umgehen und seine eigene konservative Agenda voranzutreiben. Diese Agenda zielte darauf ab, die Errungenschaften der Arbeiterklasse aus den frühen Jahren der Republik rückgängig zu machen, wie Seipel selbst in einer parlamentarischen Debatte im Februar 1924 einräumte: in seinen eigenen Worten strebte er – wie die Chefarchitekten der Austerität – die „Beseitigung des revolutionären Schutts“ an.⁵⁰

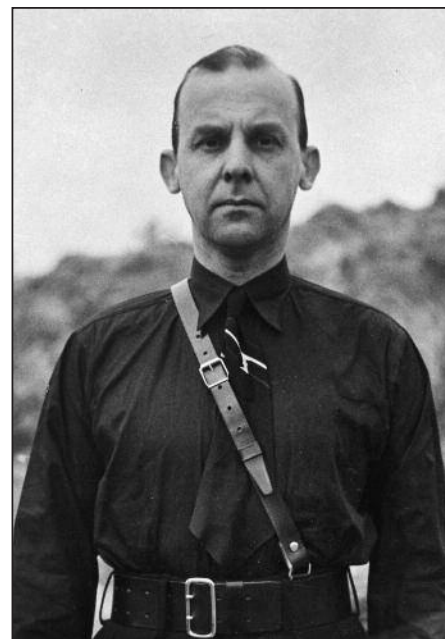
Die Genfer Sanierung allein war kaum in der Lage, die neue arbeitsrechtliche Gesetzeslage aufzuheben. Durch die von ihr angeordnete Rückkehr zu einer strengen Haushalts- und Währungspolitik, die auf parlamentarischem Wege kaum mehr anfechtbar war, führte sie allerdings zu

Lohnsenkungen und einem massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit, wodurch die Verhandlungsmacht der Arbeiterklasse geschwächt und eine Ära politischer Fortschritte für sie endgültig beendet wurde. In diesem Sinne muss das Wiederaufbauprogramm als ein „erfolgreiches“ Projekt der kapitalistischen Restauration aufgefasst werden.

Allerdings hat das Wiederaufbauprogramm den sozialen Unruhen in Österreich kein Ende gesetzt. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung wuchs in den 1920er Jahren und eskalierte insbesondere nach Beginn der Weltwirtschaftskrise, wodurch schließlich die Position der Christsozialen Partei als Kanzlerpartei bedroht wurde. Als diese 1933 das Parlament auflöste und 1934 das System des Austrofaschismus gesetzlich formalisierte, wurde sie von Zimmermans vom Völkerbund ernanntem Nachfolger unterstützt, einem anderen Niederländer namens Meinoud Rost van Tonningen, der mit der Umsetzung des Lausanner Protokolls beauftragt worden war. „Zusammen mit dem Kanzler [Dollfuß] und [dem christlichsozialen Finanzminister Viktor] Kienböck haben wir die Ausschaltung des österreichischen Parlaments für notwendig gehalten, da dieses Parlament die Rekonstruktionsarbeit sabotierte“, hielt Rost van Tonningen in einem Tagebuch-Eintrag vom 30. Juli 1934 fest.⁵¹ Letztendlich wurde die Zusammenarbeit zwischen der EFO und der österreichischen Regierung in der Zwischenkriegszeit – die durch die Genfer Protokolle von 1922 initiiert und durch das Lausanner Protokoll von 1932 erneuert worden war – von Rost van Tonningen selbst beendet, als er am 3. August 1936 seinen Rücktritt einreichte. Am 7. August, nach seiner Rückkehr in sein Heimatland, trat Rost der Nationalsozialistischen Bewegung bei, dem niederländischen Ableger der NSDAP.

Austerität und Austrofaschismus

Oft wird behauptet, Austerität in parlamentarischen Demokratien diene als Helfershelfer des Faschismus, da sie den Lebensbedingungen der breiteren Bevölkerung schade und dadurch Unzufriedenheit mit dem demokratischen Status quo erzeugt. In Bezug auf die Erste Republik schreiben etwa Hans Kernbauer und Fritz Weber, die Zerstörung der wirtschaftlichen Sicherheit der Mittelschicht – die zunächst durch die galoppierende Inflation, später jedoch durch die Auswirkung der Austerität verur-



Meinoud Rost van Tonningen (1894–1945), Nachfolger von Alfred Zimmerman

sacht wurde – „bildete das Ferment für jene politische Radikalisierung, aus welcher der Faschismus seinen Nutzen ziehen konnte, indem er die Schaffung eines Ständestaates verhieß, in dem jedem sein angestammter und sicherer Platz angeblich wieder zukommen sollte“.⁵² Die vorliegende Studie hat gezeigt, dass Austerität auch in einem anderen Sinne als Wegbereiter des Faschismus aufgefasst werden kann: Als politisches Projekt, das darauf abzielt, demokratische Einflussmöglichkeiten auf die Wirtschaft einzuschränken, war die Austerität der Zwischenkriegszeit Vorläufer der umfassenderen Einschränkung der Demokratie durch den Faschismus, der ebenso wie Austerität in Zeiten kapitalistischer Krisen auftritt. Der Fall von Österreich in der Zwischenkriegszeit veranschaulicht dieses Verhältnis, da die politischen Kräfte, die sich für die Durchsetzung des Völkerbund-Austeritätsprogramms einsetzten, dieselben Kräfte waren, die in den 1930er Jahren das republikanische System durch den Austrofaschismus ersetzten. Als sie Österreichs parlamentarische Demokratie abgeschafft hatten, erhielten sie Unterstützung vom Völkerbund, denn, wie der Generalkommissar des Völkerbundes privat zugab, wurde das Parlament als ein Hindernis für die Umsetzung der Austerität aufgefasst.

Obwohl dieser Aufsatz eine deutlich andere Stoßrichtung hat als die gängigen Erzählungen des Völkerbund-Revisionismus, stimmt er tatsächlich mit zwei der zentralen Erkenntnisse der revisionistischen Wende überein: die Arbeit der EFO in Österreich war ein bemerkens-

werter Erfolg der Expertenzusammenarbeit und trug zur Wiederherstellung von Ordnung bei. Aber die vorliegende Studie liefert jedoch auch eine eigene Erkenntnis: nämlich, dass „Expertise“ und „Ordnung“ keine wertfreien Begriffe sind. Insbesondere im Bereich der Wirtschaftswissenschaften sind ExpertInnen oft ideologisch geprägt, und der ExpertInnenanspruch dient häufig dazu, ideologische Annahmen zu verschleiern. Gleiches gilt für abstrakte Verweise auf „Ordnung“ im Gegensatz zu Diskussionen über konkret existierende, historisch gewachsene Ordnungen. Unter anderem wurde hier argumentiert, dass die konkrete Ordnung, zu deren Wiederherstellung und Befestigung die Genfer Sanierung diente, die kapitalistische Ordnung war. Wenn man weder diese Ordnung historisiert noch bedenkt, dass sie einigen mehr zugutekommt als anderen, wenn man sich gar nicht die Frage stellt, ob Alternativen zu dieser Ordnung nicht nur möglich, sondern auch vielleicht wünschenswert sein könnten, dann wird eine positive Sichtweise auf die Genfer Sanierung naheliegender, denn so lassen sich das Leid und die Einschränkung der Demokratie, die mit Austerität einhergehen, leichter als notwendig rechtfertigen. Diesem Beitrag liegt aber eine ganz andere Annahme zugrunde: Eine andere, bessere Welt war und ist möglich.

Anmerkungen:

1/ Vgl. Patricia Clavin: Europe and the League of Nations, in: Robert Gerwarth (Hg.): *Twisted Paths. Europe 1914–1945*. Oxford 2007, S. 325–354; Susan Pederson: Back to the League of Nations, in: *The American Historical Review*, 112. Jg. (2007), Nr. 4, S. 1091–1117.
 2/ Patricia Clavin: The Austrian hunger crisis and the genesis of international organization after the First World War, in: *International Affairs*, 90. Jg. (2014), Nr. 2, S. 265–278, hier S. 266f.
 3/ Pederson: Back to the League, S. 1109.
 4/ Clavin: Europe, S. 339.
 5/ Ebd., S. 341 („a statement of faith in the ultimate rationality of mankind“).
 6/ Die Idee zu diesem Beitrag entstand in einer öffentlichen Diskussion zwischen Clara E. Mattei und Daniel Witzani-Haim im März 2025: Does Austerity Lead to Fascism? Book Presentation with Clara Mattei in Vienna, 28 March 2025, https://transform-network.net/tr_media/does-austerity-lead-to-fascism [14.4.2025].
 7/ Barbara Warnock: The Operation of the 'First Bailout'. The Social and Economic Impact of the League of Nations' Programme for Austrian Reconstruction, 1922–26, in: *Interventions*, 23.6.2025.
 8/ Frank Beyersdorf: Credit or Chaos? The Austrian Stabilisation Programme of 1923 and the

League of Nations, in: Daniel Laqua (Hg.): *Internationalism Reconfigured. Transnational Ideas and Movements Between the Wars*. London 2011, S. 134–157, hier S. 148.
 9/ Pederson: Back to the League, S. 1109.
 10/ Nathan Marcus: Austria, the League of Nations, and the Birth of Multilateral Financial Control, in: Peter Becker/Natasha Wheatley (Hg.): *Remaking Central Europe. The League of Nations and the Former Habsburg Lands*. Oxford 2020, S. 127–144, hier S. 142.
 11/ Vgl. Nathan Marcus: *Austrian Reconstruction and the Collapse of Global Finance, 1921–31*. Cambridge 2018.
 12/ Clara E. Mattei: *Die Ordnung des Kapitals. Wie Ökonomen die Austerität erfanden und dem Faschismus den Weg bereiteten*. Übersetzt von Thomas Zimmermann. Berlin 2025.



13/ Vgl. dazu die EU-Defizitverfahren gegen Österreich, die am 8. Juli 2025 angekündigt wurden, trotz der Verabschiedung eines Sparpakets durch den Nationalrat im März 2025.
 14/ Charles A. Gulick: *Austria from Habsburg to Hitler, Vol. I: Labor's Workshop of Democracy*. Berkeley, Los Angeles, Cambridge 1948, S. 166.
 15/ Karl Auch: Als die Banken fielen. Zur Soziologie der politischen Korruption. Wien 1968, S. 93.
 16/ Nathan Marcus zufolge sei diese Bezeichnung „völlig Fehl am Platz“ (Marcus: Reconstruction, S. 8).
 17/ League of Nations Archive (i.d.F. LNA), C-716-M-428-1922-X_EN.
 18/ Auch: Banken, S. 90.
 19/ Barry Eichengreen: *Golden Fetters. The Gold Standard and the Great Depression, 1919–1931*. New York, Oxford 1992, S. 188.
 20/ Eduard März/Fritz Weber: Österreichische Wirtschaftspolitik in der Zeit der großen Krise. Bürgerliche Strategie und sozialdemokratische Alternative, in: Erich Fröschl/Helge Zoitl (Hg.):

Februar 1934. Ursachen, Fakten, Folgen. Wien 1984, S. 15–33, hier S. 18f.
 21/ LNA, C-716-M-428-1922-X_EN.
 22/ Warnock: Operation, S. 17–20.
 23/ Auch: Banken, S. 81.
 24/ Peter Berger: The League of Nations and Interwar Austria: Critical Assessment of a Partnership in Economic Reconstruction, in: Günter Bischoff/Anton Pelinka/Alexander Lassner (Hg.): *The Dollfuss/Schuschnigg Era in Austria. A Reassessment*. New Brunswick 2003, S. 73–92, hier S. 80.
 25/ Berger: League, 81.
 26/ März/Weber: Wirtschaftspolitik, S. 19.
 27/ Clavin: Europe, S. 340.
 28/ Marcus: Reconstruction, S. 112.
 29/ Auch: Banken, S. 93.
 30/ Marcus: Reconstruction, S. 344.
 31/ Ebd., S. 112.
 32/ Warnock: Operation, S. 15.
 33/ Auch, Banken, S. 82.
 34/ Ebd., S. 92.
 35/ Gustav Stolper: Der Kampf um Genf, in: *Der österreichische Volkswirt*, 11.11.1922, S. 148.
 36/ Gustav Stolper: Das Reform- und Sanierungsprogramm, in: *Der österreichische Volkswirt*, 4.11.1922, S. 120.
 37/ Warnock, Operation, S. 24.
 38/ LNA, S103/53/23; vgl. Jamie Martin: *The Meddlers. Sovereignty, Empire, and the Birth of Global Economic Governance*. Cambridge, London 2022, S. 85. Hervorhebung durch den Verfasser.
 39/ Mark Blyth: *Austerity. The History of a Dangerous Idea*. Oxford 2013, S. 203.
 40/ Mattei: Ordnung, S. 11f.
 41/ Ebd., 13.
 42/ Ebd., S. 15.
 43/ Ebd., S. 246f.
 44/ Ebd., S. 290.
 45/ Vgl. z.B. Jan van Walré de Bordes: The Work of the League for the Financial Reconstruction of Austria, S. 1, in: LNA, S108/58/10.
 46/ Basil Blackett an Arthur Salter, 18.10.1922, in: LNA, S109/59/1.
 47/ LNA, C-41-1923_EN.
 48/ Zit. nach Martin: Meddlers, S. 81.
 49/ Herr Seipel provoziert!, in: *Arbeiter-Zeitung*, 18.9.1922, S. 1.
 50/ Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Bundesrates. II. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates, 29.2.1924, S. 926.
 51/ Zit. nach Grete Klingenstein: Die Anleihe von Lausanne. Ein Beitrag zur Geschichte der Ersten Republik in den Jahren 1931–1934. Wien 1965, S. 98.
 52/ Hans Kernbauer/Fritz Weber: Von der Inflation zur Depression. Österreichs Wirtschaft 1918–1934, in: Emmerich Tálos/Wolfgang Neugebauer (Hg.): *Austrofaschismus. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur*. Wien 1988 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Bd. 18) S. 1–30, hier S. 1.

„Marxist through and through“

Walter Hollitschers Londoner Exil
zwischen „British Psychoanalytical Society“ und „Austrian Centre“

CHRISTIAN KASERER

Spätestens 1938 mit dem „Anschluss“ des austrofaschistischen Österreichs an Nazi-Deutschland kam für viele Mitglieder und insbesondere FunktionärInnen der KPÖ der entscheidende Moment, das Land zu verlassen, also ins Exil zu gehen. Auch Walter Hollitscher (1911–1986) zählt zu jenen KPÖ-Mitgliedern, die dem angeschlossenen Österreich den Rücken kehren. Nach dem Zweiten Weltkrieg erlangte Hollitscher vor allem als marxistischer Philosoph und Volksbildner Bekanntheit. Nach seiner Rückkehr 1946 wirkte er beim Wiederaufbau der *Wiener Psychoanalytischen Vereinigung* (WPV) unter August Aichhorn (1878–1949) mit.¹ Nebst seiner Tätigkeit für die WPV leitete er im Wien der späten 1940er Jahre eine eigene Abteilung für Wissenschaftstheorie am *Institut für Wissenschaft und Kunst* (IWK) und fungierte als Konsulent für Wissenschaft im Amt für Kultur und Volksbildung der Gemeinde Wien, wo er unter anderem Lehrpläne für die Wiener Volkshochschulen ausgearbeitet hat.

Zwischen 1949 und 1953 lebte Hollitscher in Berlin (Hauptstadt der DDR) und lehrte an der dortigen Humboldt-Universität, ehe er aufgrund politischer Ränkespiele nach Österreich zurückkehren musste. Dort entwickelte Hollitscher ein umfangreiches publizistisches Œuvre, welches bis heute einer vollständigen Bibliografie harret. Nebst seiner wissenschaftsjournalistischen Arbeiten für die kommunistische Tageszeitung *Volksstimme* sowie für das KPÖ-Theorieorgan *Weg und Ziel* veröffentlichte Hollitscher mehrere Monografien zu philosophischen, naturwissenschaftlichen, historischen und psychologischen Themen, wobei er stets darum bemüht war, ein niederschwelliges Niveau zu halten, um seinen volksbildnerischen Ambitionen Rechnung zu tragen. Mit Blick auf Hollitschers Lebenslauf und Publikationsliste fällt die Diskrepanz zwischen der unmittelbaren Zeit vor und nach dem Exil auf. Während Hollitscher Wien 1938 als einfaches KPÖ-Mitglied und in Ausbildung befindlicher Psychoanalytiker mit einem bescheidenen Netzwerk und noch bescheideneren finanziellen

Mitteln verließ, kehrte er 1946 als bestens vernetzter wissenschaftlicher Autor und politischer Funktionär nach Wien zurück. Der vorliegende Beitrag wirft einen Blick auf diesen Wandel in Hollitschers Londoner Jahren.

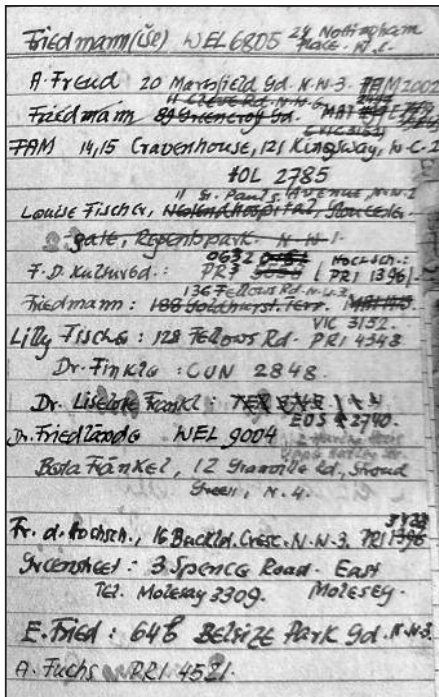
Karriere in Wien und Flucht

Als Kommunist, Psychoanalytiker und zum Protestantismus konvertierter Jude war Hollitscher in mehrfacher Hinsicht durch die Nazis bedroht. Zum Zeitpunkt seiner Flucht aus Wien arbeitete er in der *Internationalen Zentralstelle für psychoanalytische Bibliographie* der *Wiener Psychoanalytischen Vereinigung*. In dieser seit 1937 bestehenden Anstellung war Hollitscher dafür verantwortlich, international erscheinende Publikationen zur Psychoanalyse zu lesen und eine umfassende Bibliografie des wissenschaftlichen Feldes zu erstellen. Vermittelt wurde Hollitscher diese Stelle durch Anna Freud (1895–1982), der Tochter Sigmund Freuds. Sie war zu dieser Zeit eine wirkmächtige Figur in der kontinentalen analytischen Szene und unterstützte Hollitscher mit einem privat von ihr finanzierten Stipendium in der Höhe von monatlich 100 Schilling. Mit dieser finanziellen Absicherung war es Hollitscher möglich, sich umfassend seiner 1936 begonnenen, kostenfrei zugesagten Ausbildung zum Psychoanalytiker zu widmen. Außerdem unterstützte er den Wissenschaftler Otto Neurath (1882–1945) bei seinem Versuch, eine Disziplinen übergreifende wissenschaftliche Einheitssprache auf empirisch-positivistischer Grundlage zu entwickeln. Seine Korrespondenz mit Neurath bezeugt die Intention Hollitschers, auch die Psychoanalyse in dieses System zu integrieren.² Seine ersten Publikationen, die sich mit der Wissenschaftsterminologie von Psychoanalyse und Behaviorismus auseinandersetzen, können mit dieser Bestrebung in Zusammenhang gebracht werden.³

Über Hollitschers Tätigkeit in der KPÖ in den Jahren vor dem Londoner Exil ist nur wenig bekannt. Dies ist nicht nur der Quellenlage geschuldet, sondern auch der Tatsache, dass jenen Mitgliedern der WPV, die sich in Ausbildung befanden,

den so genannten Kandidaten, jegliche politische Tätigkeit untersagt war. Ein auch in Deutschland zu beobachtender Versuch der institutionalisierten Psychoanalyse, sich ihres genuin gesellschaftskritischen Charakters zu entledigen, um nicht bei den faschistischen Regimen anzuecken.⁴ Hollitschers Flucht war eng mit der *Wiener Psychoanalytischen Vereinigung*, respektive Anna Freud, koordiniert. Bereits 1933 korrespondierte Anna Freud mit dem in London lebenden Analytiker Ernest Jones (1879–1958), zu dieser Zeit Präsident der *British Psychoanalytical Society* (BPS) sowie enger Mitarbeiter und späterer Biograph Sigmund Freuds, um den in Nazi-Deutschland bedrohten jüdischen AnalytikerInnen Hilfestellungen zu leisten und deren Flucht ermöglichen zu können.

Diese Bemühungen weiteten sich mit dem „Anschluss“ auf die nun ebenfalls bedrohten jüdischen österreichischen Kollegen aus. Im Archiv der BPS erhielt sich eine 20 Seiten umfassende Liste von Mitgliedern und Kandidaten der WPV, ihren bekannten Aufenthaltsorten und Fluchtplänen.⁵ Der Weg aus Wien führte Hollitscher zunächst in die Schweiz nach Lausanne. Seine Einreise ist für den 18. März 1938 bezeugt.⁶ Dort traf Hollitscher mit dem Psychoanalytiker Kurt R. Eissler (1908–1999) zusammen. Obwohl beide in Wien gelebt hatten und Kandidaten der WPV waren, dürften sie sich erst im Rahmen ihrer Fluchterfahrung näher kennengelernt haben. Eissler, zuvor Analysand und Mitarbeiter von August Aichhorn, zeigte sich in einem 1946 geschriebenen Brief an Aichhorn im Rahmen der Neugründung der WPV wenig angetan von Hollitscher: „Etwas stimmt nicht mit ihm charakterologisch. Ich denke immer an saugende Oralität, an ein Baby im schlechten Sinne im Zusammenhang mit ihm.“⁷ So kritisch sich Eissler auch über Hollitschers Charakter äußerte, so bescheinigte er diesem doch zugleich eine tadellose, gründliche wissenschaftliche Arbeit und empfahl ihn für eine Karriere in der Nachkriegs-WPV. In der BPS-Liste mit den Namen geflohener AnalytikerInnen ist für Hollitscher handschriftlich vermerkt, dass



Ausschnitt aus dem Londoner Adressbuch von Walter Hollitscher

ihm zu einer Flucht nach England geraten werde und man ihm einen Einladungsbrief übersandte, in Großbritannien seine Ausbildung zum Analytiker abschließen zu können, was sich positiv auf seinen Visumsantrag auswirken sollte. Seinem Antrag auf ein zwölfmonatiges Visum für Großbritannien vom Mai 1938 wurde am 4. Juli 1938 stattgegeben.⁸ Am 11. Juli 1938 betrat Hollitscher bei Newhaven britischen Boden.

Arbeit für die Psychoanalyse

In einem am 4. Mai 1938 verfassten Brief an den in London lebenden Ernest Jones empfahl Anna Freud den britischen Kollegen Hollitscher für eine wissenschaftliche Hilfstätigkeit.⁹ Nicht nur für eine Beschäftigung, auch für seine Unterkunft wurde von Seiten der BPS gesorgt. Hollitscher wohnte zu Beginn seiner Londoner Jahre in der Leinster Terrace, unweit des Hyde Parks, bei der Psychoanalytikerin Susan Sutherland Isaacs (1885–1948).¹⁰ Um seine Ausbildung zum Analytiker in London fortsetzen zu können, musste Hollitscher auch seine Lehranalyse fortsetzen. Sie ist als psychoanalytische Selbsterfahrung – neben dem Studium wissenschaftlicher Texte – der wohl wichtigste Part am Weg zum Therapeuten. In Wien war Grete Bibring-Lehner (1899–1977) Hollitschers Lehranalytikerin. Die aus einer sozialdemokratischen Familie stammende Bibring-Lehner flüchtete zwar auch nach London, emigrierte von dort jedoch in die USA weiter. So wurde Wilhelm („Willi“) Hof-

fer (1897–1967) zu Hollitschers Lehranalytiker. Hoffer galt als enger Mitarbeiter und Berater von Anna Freud.

Einem offiziellen Ansuchen der BPS, Hollitscher auch in London als Bibliograf einzustellen, wurde am 1. Juli 1940 stattgegeben.¹¹ Diese Anstellung erfolgte trotz Hollitschers inzwischen eindeutiger politischer Tätigkeiten. Nach Abschluss seiner Ausbildung wurde Hollitscher mit 6. Mai 1943 zum praktizierenden Analytiker.¹² Dorothy Burlingham (1891–1976), die Partnerin Anna Freuds, und Ella Freeman Sharpe (1875–1945) bildeten seine Kontrollanalytikerinnen während seiner bis zu sechs Stunden andauernden täglichen klinischen Tätigkeit.¹³ Hollitschers Londoner Adressbuch bezeugt insgesamt acht Analysanden¹⁴ im hochfrequenten Setting mit bis zu sechs Sitzungen je Woche – eine finanziell einträgliche Tätigkeit.

Über Hollitschers Arbeit für die Londoner Psychoanalyse heißt es in den Akten des britischen Inlandsgeheimdienstes *Security Service* (MI5) zusammenfassend: „On 01.07.1940 he became a Bibliographer's Assistant at the Institute of Psychoanalysis, 96, Gloucester Place, N.W.1., and on 6.5.1943 he became Assistant Psychologist with the same institute.“¹⁵ Abseits seiner analytischen Tätigkeit und der Arbeit im bibliographischen Institut hielt Hollitscher in London Vorträge zur Psychoanalyse. Hatte er in Wien noch für die WPV über Biologie vorgetragen,¹⁶ so referierte er in London über Psychoanalyse vor politischen Vereinigungen. Im November 1941 fand etwa eine sechsteilige Vortragsreihe über „moderne Psychologie“ für den *Freien Deutschen Kulturbund* – eine von KommunistInnen dominierte Exilorganisation deutscher Geflüchteter – statt.¹⁷ In Hollitschers *Security-Service*-Akten heißt es dazu, er habe in seinem Vortrag – trotzdem vor einer politischen Organisation gehalten – politische Themen ausgespart und sich auf die Psychoanalyse konzentriert.¹⁸ Für den *Freien Deutschen Kulturbund* handelte es sich dabei nicht um die ersten Vorträge zur Psychoanalyse. Es ist anzunehmen, dass Hollitscher aufgrund seiner politischen Kontakte verpflichtet wurde und den Psychoanalytiker Eduard Hitschmann (1871–1957) ersetzte. Vor Hollitscher trug Hitschmann, ein ebenso aus Österreich geflohener Analytiker, im Kulturbund vor allem psychoanalytische Charakterstudien bekannter Persönlichkeiten vor, wanderte jedoch 1940 in die USA aus.

Mit Blick auf Hollitschers Adressbuch lässt sich sagen, dass die Psychoanalyse und die Vernetzung mit ProponentInnen eben jener in London für ihn von nur sekundärer Bedeutung waren. Etwa ein Drittel der bisher zuordenbaren Namen gehört zu PsychoanalytikerInnen, während zwei Drittel zu Personen aus Hollitschers politischem Umfeld zu zählen sind. Auffällig ist, dass Hollitscher in London vor allem mit aus Wien stammenden AnalytikerInnen verkehrte, wobei er gewiss auch mit den britischen Mitgliedern der BPS in Kontakt stand. Zwischen den britischen und kontinentalen Mitgliedern herrschte zu dieser Zeit ein Schisma. Um die aus Wien stammende Analytikerin Melanie Klein bildete sich ab Mitte der 1920er Jahre eine Gruppe von AnalytikerInnen, die ihre von Freud abweichenden Theorien bevorzugten. Diese in London ansässige, auch als Kleinianer titulierte Gruppe glaubte – entgegen der kontinental-freudianischen Tradition – im menschlichen Verhalten verstärkt sadistisch-aggressive Triebstreben zu erkennen, setzte die Entstehung des Über-Ichs – platt gesagt des Gewissens – deutlich früher an als Freud und wick gerade in der Analyse von Kindern und Jugendlichen stark von den in Wien unter anderem von Anna Freud entwickelten Techniken ab. Hitzige Diskussionen wurden bereits vor der massenhaften Emigration geführt, und so entstanden zur Kriegszeit in den „Controversial Discussions“¹⁹ in London drei Gruppen: die AnhängerInnen von Anna Freud, die „Kleinianer“ und eine unabhängige, vermittelnde „Middle Group“. Mit wenigen Ausnahmen sind die analytisch relevanten Kontakte in Hollitschers Adressbuch der Gruppe um Anna Freud zuzuordnen. Hollitscher dürfte also darum bemüht gewesen sein, sich aus der Diskussion herauszuhalten und pflegte stattdessen seine kontinentalen Kontakte weiter.

Politische Tätigkeiten

Hollitschers politische Aktivitäten im Exil waren von Anfang an evident, jedoch trat er erst nach mehreren Jahren öffentlich als Akteur in Erscheinung. Am 21. November 1939 fand er sich vor dem „Aliens Tribunal“, einem damals üblichen Vorgang für Geflüchtete von Seiten der britischen Behörden, um deren politischen Gesinnung und potenzielle Gefahr für Großbritannien einzuschätzen. Er wurde als „Category C-Migrant“ eingestuft, also in der am wenigsten gefährlich eingeschätzten Stufe.²⁰ Hollitscher unterlag damit keinerlei

Einschränkungen in seinem alltäglichen Leben, entgegen jener MigrantInnen, die etwa aufgrund politischer Tätigkeiten der Kategorien A und B zugeordnet wurden. Mit dem voranschreitenden militärischen Erfolg des NS-Regimes wurden jedoch im Frühjahr und Sommer 1940 auch Migranten der Kategorie C interniert. Hollitscher wurde am 9. Juli 1940 interniert und weniger als einen Monat später, am 5. August, wieder freigelassen. Die ungewöhnlich kurze Dauer seiner Internierung²¹ wird in den Security-Service-Akten mit gesundheitlichen Problemen in Beziehung gebracht.²²

Im politischen Sinne fiel Hollitscher dem britischen Inlandsgeheimdienst bis 1941 als regelmäßiger Besucher politischer Veranstaltungen diverser Exilorganisationen auf, vor allem des *Austrian Centre*, einer 1939 gegründeten, von KommunistInnen dominierten Exilorganisation geflüchteter ÖsterreicherInnen, sowie als nicht in die Öffentlichkeit drängendes Mitglied, das intern jedoch sehr engagiert und zunehmend wirkmächtig war. Ab 1941 ist eine deutliche Zunahme der Erwähnungen Hollitschers in Security-Service-Akten zu konstatieren.²³ Hollitscher wurde beispielsweise vermehrt in Begleitung und beim Austausch mit bekannten Größen der Exil-KPÖ wie Franz West gesehen. Bereits im Jänner 1941 war Hollitscher mit anderen Kommunisten in die Gründung der Firma *Astu Studios Ltd.* involviert. Das Unternehmen handelte, so die Berichte, mit von MigrantInnen produzierten Kunstgegenständen, offenbar zur finanziellen Unterstützung der Geflüchteten.²⁴

Mit der Gründung des *Free Austrian Movement* (FAM) als Dachverband österreichischer Exilorganisationen in Großbritannien im Dezember 1941 trat Hollitscher nun offensiv als politischer Akteur auf. Es ist anzunehmen, dass er sich bis zur Gründung des FAM zurückhielt, zunächst auf seine Arbeit für die Psychoanalyse und kleinere Geflüchtetenorganisationen fokussierte, ehe er im FAM eine Möglichkeit sah, sich umfassend und öffentlichkeitswirksam einbringen zu können. Ab 1941 trat Hollitscher als Autor für den *Zeitspiegel*, einer Publikation des *Austrian Centre*, sowie als Vortragender für das *Austrian Centre* und das FAM, auf. Thematisch lassen sich die Beiträge in zwei Kategorien fassen: Einerseits schrieb und sprach er über österreichische Kultur, wobei das Themenspektrum Beiträge über Kaffeehauskultur bis hin zu österreichischer Philosophiegeschichte umfasste. Ande-

rerseits beschäftigte sich Hollitscher mit der Frage, wie man mit Aufklärung und Erziehung im Nachkriegsösterreich das ideologische Erbe der Nazis überwinden könne. Nebst einer Dekonstruktion der auch schulisch vermittelten, nationalsozialistischen Rassentheorie, stellte sich Hollitscher dabei auch konkret die Frage, mit welchen Mitteln Schulerziehung verhindern könne, dass künftige Generationen erneut in die Fänge des Faschismus geraten.²⁵ Diese inhaltliche Breite war ganz im Sinne der Publikationsstrategie des *Austrian Centre* und der *Zeitspiegel*-Redaktion.²⁶ Man wollte sich mit solchen Beiträgen in die Diskussion um eine österreichische Eigenstaatlichkeit einbringen und zugleich in Position bringen für konkrete Aktionen nach dem Krieg.²⁷

Ab 1942 war Hollitscher Vizepräsident des *Austrian Centre*. Überhaupt wusste er in seiner Londoner Zeit diverse Funktionen in seiner Person zu bündeln. Neben seiner Rolle als Vizepräsident des *Austrian Centre* war er Vorsitzender der *Refugee Teachers Association* sowie des *Committee for an Xmas for interned refugees*²⁸ sowie Generalsekretär des österreichischen Exil-PEN-Clubs. Der österreichische Exil-PEN-Club stand in enger personeller Verbindung zum *Austrian Centre* sowie zum FAM und hatte bis zu dessen Tod am 23. September 1939 – wie auch das *Austrian Centre* selbst – Sigmund Freud als Ehrenpräsidenten.²⁹ Überdies fiel Hollitscher als vielschichtiger Netzwerker auf. Die Akten des Security Service berichten etwa von klandestinen Treffen im Reading Room des British Museum mit anderen kommunistischen Geflüchteten, Geheimdienstlern und Kulturschaffenden.³⁰ Auch sein Londoner Adressbuch weist Hollitscher als erfolgreichen Netzwerker aus. Seine Kontakte reichten von politisch aktiven Schriftstellern wie Elias Canetti oder Erich Fried über diverse KPÖ- und KPD-FunktionärInnen bis hin zu Edith Tudor-Hart und Peter Smolka, die zu dieser Zeit auch für den NKWD

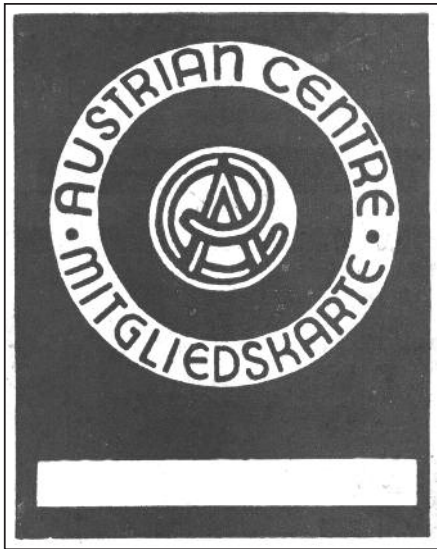


Walter Hollitscher (1911–1986) im Jahr 1945

tätig waren. Das Urteil des MI5 war klar: „Dr. Hollitscher: one of the chief persons of the committee of the Austrian Centre. Marxist through and through.“³¹

Exil als Transformationsphase

Das Londoner Exil markiert für Walter Hollitscher eine entscheidende Zäsur. Er verließ Wien 1938 als mittelloser Kandidat der Psychoanalyse mit einem kleinen wissenschaftlichen Netzwerk und ohne größere politische Sichtbarkeit, kehrte aber 1946 als profilierter marxistischer Intellektueller und politischer Funktionär nach Wien zurück. In London setzte er zwar seine Ausbildung fort, schloss seine Lehranalyse ab und praktizierte zeitweise selbst als Analytiker, doch blieb diese Tätigkeit für ihn eher ein ökonomisches und institutionelles Standbein denn ein identitätsstiftendes Zentrum. Von größerem Gewicht waren seine politischen Aktivitäten, die nach einer anfänglichen Phase vorsichtiger Teilhabe rasch an Intensität gewinnen. Mit der Gründung des *Free Austrian Movement* und seiner Einbindung in das *Austrian Centre* rückte Hollitscher weit ins Zentrum der österreichischen Exilpolitik. Er übernahm rasch leitende Funktionen – etwa als Vizepräsident des *Austrian Centre* oder als Generalsekretär des Exil-PEN-Clubs – und profilierte sich zugleich publizistisch. Im *Zeitspiegel*, der Zeitschrift des



Mitgliedskarte des „Austrian Centre“

Austrian Centre, wie auch in öffentlichen Vorträgen thematisierte er einerseits die österreichische Kulturgeschichte, andererseits Fragen der politischen und pädagogischen Erneuerung nach dem Nationalsozialismus. Seine Auseinandersetzung mit Rassentheorien und der Frage, wie Schulerziehung künftige Generationen vor dem Faschismus bewahren könne, verwies bereits auf sein späteres volksbildnerisches Programm.

Zugleich zeigen sein Londoner Adressbuch und damalige Geheimdienstberichte eine klare Verschiebung seiner sozialen Beziehungen: Zwei Drittel seiner Kontakte entstammten dem politischen Milieu, nur etwa ein Drittel dem psychoanalytischen Umfeld. Damit erwies sich das Exil als Katalysator, in dem Hollitscher zwar die Psychoanalyseausbildung abschloss, sie jedoch zunehmend als didaktisches Werkzeug im Rahmen einer marxistischen Aufklärungsstrategie verstand. Hollitscher selbst formte sich zum Netzwerker, Funktionär und Publizisten – ein Rollenbild, das auch seine Nachkriegskarriere maßgeblich bestimmen sollte.

Anmerkungen:

1/ Vgl. Christian Kaserer: Walter Hollitscher und die Wiener Psychoanalytische Vereinigung, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 31. Jg. (2024), Nr. 3, S. 17–19. Aichhorn zählt mit Anna Freud zu den Begründern der psychoanalytischen Pädagogik und erlangt vor allem mit seiner Analyse verwahrloster Kinder und Jugendlicher internationalen Ruhm. Sein 1925 erschienenes Buch „Die verwahrloste Jugend“, für das Sigmund Freud das Geleitwort abfasste, zählte über Jahrzehnte hinweg zur Standardliteratur der Kinder- und Jugendpsychoanalyse sowie einer analytisch inspirierten Pädagogik.
2/ Vgl. Brief von Walter Hollitscher an Otto Neu-

rath, o.D. [1937], abgedruckt in Peter Goller/Gerhard Oberkofler: Walter Hollitscher. Briefwechsel mit Otto Neurath (1934–1941), in: Hans Hautmann (Hg.): *Die Alfred Klahr Gesellschaft und ihr Archiv. Beiträge zur österreichischen Geschichte des 20. Jahrhunderts*. Wien 2000 (Quellen & Studien), S. 119–209, hier S. 174.

3/ Vgl. Kaserer: Walter Hollitscher und die Wiener Psychoanalytische Vereinigung, S. 17f.

4/ Vgl. Andreas Peglau: *Unpolitische Wissenschaft? Wilhelm Reich und die Psychoanalyse im Nationalsozialismus*. Gießen 2017, S. 12f.

5/ Vgl. www.freud-museum.at/de/detailseiten-organisierte-flucht/articles/liste-der-british-psychoanalytic-society [22.8.2025].

6/ Vgl. National Archives (London), KV2/2990, Bericht des Security Service über Walter Hollitscher, 26.7.1943.

7/ Privatarhiv Thomas Aichhorn, Nachlass August Aichhorn, Brief von Kurt R. Eissler an August Aichhorn, 24.6.1946. Mehr als zwei Dekaden nach dieser Begegnung widmete sich Eissler in seinem 1965 erschienen Buch „Medical orthodoxy and the future of psychoanalysis“ den in den 1940er Jahren erschienenen Texten Hollitschers. Eine bemerkenswerte Tatsache, die möglicherweise mit ihrer negativ verlaufenen persönlichen Begegnung zusammenhängt, hatte Hollitscher doch niemals eine größere Wirkmacht in der Psychoanalyse und zum Zeitpunkt des Erscheinens des Buches bereits fast 20 Jahre lang der Analyse den Rücken gekehrt.

8/ NA, KV2/2990, Bericht des Security Service über Walter Hollitscher, 23.5.1940.

9/ Im Londoner Archiv der British Psychoanalytical Society befindet sich ein Brief Anna Freuds an Ernest Jones vom 4. Mai 1938.

10/ <https://www.freud-museum.at/de/detailseiten-organisierte-flucht/articles/liste-der-british-psychoanalytic-society> [22.8.2025]. Auch Hollitschers MI5-Akten verweisen darauf, dass er bei Isaacs unterkam (vgl. NA, KV2/2990, Bericht des Security Service über Walter Hollitscher, 26.7.1943).

11/ Vgl. ebd., Bericht vom 26.7.1943.

12/ Vgl. ebd.

13/ Vgl. Brief von Willi Hoffer an August Aichhorn vom 3. Februar 1946, in: Thomas Aichhorn: *Zur Wiedereröffnung der WPV und zur Präsidentschaft August Aichhorns – 1946–1949*, <https://www.psyalpha.net/de/aichhorn-t-zur-wiedereröffnung-der-wpv-und-zur-praesidentschaft-august-aichhorns-1946-1949> [20.8.2025].

14/ Die Namen der neun Analysanden konnten bisher noch nicht mit Sicherheit historisch zugeordnet werden. Gelistet sind: W.P. Hussey, Murry Jacobs, Lappe, Stanley C. Gubbins, Peter Gellert, Garrit, Iris K.C.M. Greenstreet und Robinson, wobei Hussey die Analyse nach fünf Wochen abbrach. Vgl. ZPA der KPÖ, Adressbuch von Walter Hollitscher.

15/ NA, KV2/2990, Bericht des Security Service über Walter Hollitscher, 23.5.1940.

16/ Vgl. Kaserer: Walter Hollitscher und die Wiener Psychoanalytische Vereinigung, S. 17.

17/ Vgl. *Freie Deutsche Kultur*, Nr. 9/1941, S. 7.

18/ Ein höchstwahrscheinlich zu diesen Vorträgen gehörendes Manuskript ist in Hollitschers Nachlass erhalten und wird im kommenden Jahr im Rahmen einer Edition zu Hollitschers analytischen Texten von der Alfred Klahr Gesellschaft publiziert werden.

19/ Vgl. Pearl King/Riccardo Steiner (Hg.): *Die Freud/Klein-Kontroversen 1941–1945*, 2 Bände. Stuttgart 2007.

20/ NA, KV2/2990, Bericht des Security Service über Walter Hollitscher, 26.7.1943.

21/ Von ca. 27.000 internierten MigrantInnen wurde bis Ende August 1940 616 freigelassen.

22/ Vgl. NA, KV2/2990, Bericht des Security Service über Walter Hollitscher, 26.7.1943. Die Quelle für diese Aktennotiz nehmen Hollitscher in seinem Alltag nach der Internierung als gesund wahr, zweifelt also am Wahrheitsgehalt seines Zustands während der Internierung.

23/ Während zuvor primär über seine Gesinnung spekuliert wurde, erscheinen ab 1941 Analysen seiner politischen Tätigkeiten und Funktionen.

24/ Vgl. NA, KV2/2990, Bericht des Security Service über Walter Hollitscher, 11.12.1941.

25/ Ein Vortragsmanuskript zu diesem Thema ist im Nachlass von Hollitscher erhalten. Hierin hebt Hollitscher die Psychoanalyse als ein entscheidendes Element hervor, mit dem künftige Generationen erzogen werden müssen.

26/ Hollitscher verfasste auch Texte für die Zeitschrift von *Young Austria*, der Jugendorganisation des *Austrian Centre*, vor allem Kurzbiografien bekannter Persönlichkeiten, deren Zweck darin bestand, die oftmals verkürzte Schulbildung der ExilantInnen zumindest schemenhaft zu kompensieren.

27/ Vgl. Marietta Bearman: „Das kommende Österreich?“ Die Planung für ein Nachkriegs-Österreich, in: Marietta Bearman u.a. (Hg.): *Wien – London, hin und retour. Das Austrian Centre in London 1930 bis 1947*. Wien 2004, S. 204–227.

28/ Die Akten legen nahe, dass Walter Hollitscher diese Funktionen bereits 1940 innehatte. Die Aktivitäten dieser kleinen Lobby-Organisation waren überschaubar und beschränkten sich auf Vernetzungsarbeit sowie einzelne öffentliche Aufrufe.

29/ Vgl. Klaus Amann: *Der österreichische PEN-Club in den Jahren 1923–1955*, in: Dorothee Bores/Sven Hanuschek (Hg.): *Handbuch PEN*. Berlin, Boston 2014, S. 502. Die Geheimdienstberichte gehen davon aus, dass Hollitscher seine Nähe zu Freud geschickt nutzte, um sich in solche Positionen zu bringen. Vgl. NA, KV2/2990, Bericht des Security Service über Walter Hollitscher, 30.4.1941.

30/ Ebd., Bericht vom 26.7.1943.

31/ Ebd., Bericht vom 22.7.1940.

Der erste Exodus der Molokanen

Die Emigration einer orthodox-pazifistischen Glaubensgemeinschaft aus dem Osmanischen Reich nach Sowjetrussland im Jahr 1921

ATILLA PUSAT

Die Molokanen sind eine christlich-orthodoxe russische Glaubensgemeinschaft, die sich – abgesehen von liturgischen und rituellen Differenzen – durch ihre soziale Struktur und verhältnismäßig zurückgezogene Lebensweise vom Rest der russländischen Slavia Orthodoxa unterscheidet. Ihre religiöse Abspaltung geht auf kirchliche Reformen durch Nikita Minin, bekannt als Patriarch Nikon, im 17. Jahrhundert zurück. Die aus dem Russischen stammende Bezeichnung „Molokanen“ resultiert aus dem Wort Moloko, das Milch bedeutet („Milchtrinker“). Sie knüpft an die von den Molokanen als wichtig erachtete Zuführung von Milch an, was wiederum auf eine biblische Empfehlung in einem Pastoralbrief des Apostels Petrus zurückgeht. Die molokanische Gemeinschaft ging Arbeiten im Agrarsektor nach, war aber auch im Handwerk tätig.

Ab dem Jahre 1830 setzte Zar Nikolaj I. eine aggressive Politik der Separierung von Sektenmitgliedern durch, von der auch die Molokanen betroffen waren. Als neue Heimat für diese Gemeinschaft waren Gebiete in den südlichen Regionen des Russländischen Imperiums vorgesehen. Der staatliche Klerus betrachtete die Molokanen als Häretiker, die eine Gefahr für die Allgemeinheit darstellen würden. Somit erachtete die zaristische Führung eine Entwurzelung und geografische Trennung dieser Glaubensgruppe als nötig. Einer dieser Orte war die Stadt Kars im Nordosten Anatoliens, wo in Folge dieser Umsiedlung Dorfgemeinschaften der Molokanen entstanden. Das Gebiet um diese Stadt wurde im Zuge des Krieges zwischen dem Osmanischen Reich und dem Russländischen Imperium in den Jahren 1877/78 von den russländisch-imperialen Streitkräften annektiert. 1918 fiel es durch den Frieden von Brest-Litowsk an das Osmanische Reich zurück. 1919 wurde das Gebiet kurzzeitig an Armenien abgetreten, bis es 1920 wieder vom osmanischen Befehlshaber Kâzım Karabekir eingenommen wurde. Im Oktober 1921 wurde der Grenzverlauf zwischen der Türkei und Sowjetrussland definitiv durch den Vertrag von Kars geregelt. Seither ist Kars

die Provinzhauptstadt der gleichnamigen Provinz im Nordosten der Türkei.

Beziehung zweier sich erneuernder Staaten

Im Ersten Weltkrieg hatte das Osmanische Reich an der Seite der Mittelmächte gegen die Entente gekämpft. Das Jahr 1918 markiert zwar das Ende des Ersten Weltkriegs in Europa, vergessen wird jedoch oft, dass der Krieg für das Osmanische Reich nahtlos bis 1922 weiterging. In der Historiographie wird für die Fortführung der Kämpfe die Bezeichnung „Türkischer Befreiungskrieg“ verwendet. Gemeint ist damit die Mobilisierung der verbliebenen osmanischen Truppen gegen die Okkupation durch Teile der Entente, allen voran durch Großbritannien und das Griechische Königreich, sowie zeitweise durch die Dritte Französische Republik und minimal das Königreich Italien.

Neben dem Vereinigten Königreich war das Russländische Imperium der Hauptgegner des Osmanischen Reiches. Die Kämpfe zwischen den osmanischen und russländischen Truppen wurden fast ausschließlich im Kaukasus ausgetragen. Mit dem Ende Oktober 1918 unterzeichneten Waffenstillstand von Moudros, einem von der Entente erzwungenen Diktatfrieden, wurde das Osmanische Reich durch die harten vertraglichen Bestimmungen nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich erheblich geschwächt. Eine Offizierselite um Mustafa Kemal (später Atatürk) akzeptierte diese de facto Kapitulation des Osmanischen Reiches nicht und organisierte den Widerstand dagegen. In diesem Befreiungskrieg wurden auch Kämpfe gegen armenische Verbände ausgetragen, die von der Demokratischen Republik Armenien unterstützt wurden.¹ Im Zuge dieses Kriegs wurde 1920 auch die Stadt Kars erneut durch die Truppen des osmanischen Widerstands eingenommen. Die gegnerische Kriegspartei waren armenische Milizen, die Ansprüche auf Territorien in Ostanatolien stellten, wovon auch die nahe gelegenen Dörfer der Molokanen betroffen waren. Die türkische Historiografie nimmt an, dass diesem Streit nicht nur

geopolitische Motive zugrunde lagen, es also nicht nur um eine Erweiterung des Territoriums ging, sondern auch eine Rettungsaktion osmanischer BürgerInnen beabsichtigt war.

Wenig bekannt ist auch die Rolle von Lenin, des damaligen Regierungschefs der RSFSR, in diesem Konflikt. Lenin zögerte nach der Oktoberrevolution 1917 nicht lange und brachte durch die Verhandlungen von Brest-Litowsk der jungen sowjetischen Räterepublik, großen Teilen Osteuropas sowie anderen Einflussgebieten, darunter auch dem Kaukasus, Frieden. Die Offizierselite um Mustafa Kemal hoffte auf eine Rückendeckung durch die RSFSR. Die Gespräche mit den sowjetrussischen Machthabern verliefen weitgehend erfolgreich, denn neben diplomatischer Hilfe erhielten die osmanischen Widerstandstruppen bis 1923 sowohl finanzielle Unterstützung als auch Waffen und Munition. Zur Zusammenarbeit zwischen Lenin und Mustafa Kemal war es gekommen, weil es die jungtürkische Diplomatie geschafft hatte, die Streithandlungen in Kleinasien als Kampf gegen den Imperialismus darzustellen. Dadurch, dass die Westmächte keine Gelegenheit ausgelassen hatten, gegen die Bolschewiki vorzugehen, und der Kreml gleichzeitig potenzielle Verbündete suchte, ergaben sich günstige Voraussetzungen für eine Kooperation Sowjetrusslands mit dem Osmanischen Reich. Außerdem stellten die Truppen der Entente im Territorium der Hohen Pforte für Moskau eine Bedrohung dar, erst recht, nachdem der Kaukasus 1921 gänzlich in die Einfluss-sphäre der Roten Armee gefallen war und die Räte in den neuen südlichen Unionsrepubliken ihre Verwaltungsstrukturen konstituierten.

Die Zusammenarbeit zwischen Sowjetrussland und dem Osmanischen Reich gestaltete sich jedoch alles andere als reibungslos. Das Verhältnis war durch Misstrauen auf beiden Seiten geprägt und oft führten die diplomatischen Verhandlungen zu ungleichen Kompromissen und Zugeständnissen. Nichtsdestoweniger war es das Ziel der Führung der Sowjetrepublik, im Osmanischen Reich auf lange Sicht den Sozialis-



Kâzım Karabekir (1882–1948), General im Ersten Weltkrieg und im „Türkischen Befreiungskrieg“

mus zu verankern, um einen Zugang zu den islamisch geprägten Teilen der Welt zu erhalten. Die kolonial ausgebeuteten muslimischen Völker hätten damit die Phase der kapitalistischen Produktion übersprungen und wären mithilfe der progressiven sowjetrussischen Führung direkt in die sozialistische Übergangsphase eingestiegen. Mustafa Kemal verfolgte jedoch andere Ziele: Die Besatzungstruppen der Fremdmächte mussten um jeden Preis vertrieben werden, um somit einen modernen Nationalstaat mit einer prägnant säkularen Ausrichtung etablieren zu können. Die Ursache eines Zerwürfnisses, das zu diplomatischen Spannungen in der sowjetrussisch-osmanischen Konstellation führte, war die Gemeinschaft der Molokanen.

Die Rolle der Molokanen

Kâzım Karabekir, ein damals ranghoher Offizier, veröffentlichte in seinem Memoirenwerk „Unser Befreiungskrieg“ viele Einzelheiten der Zusammenarbeit zwischen dem Osmanischen Reich und Sowjetrussland. Der damalige Befehlshaber der osmanischen Truppen im Osten Anatoliens schildert in dieser zweibändigen Veröffentlichung die Geschichte des Befreiungskriegs gegen die Alliierten in Form persönlicher Erinnerungen und Korrespondenzen. Er liefert dabei auch zahlreiche Details zur Rolle der Molokanen als osmanische Bürger und zur Frage, wie es 1921 zur ersten Auswanderung dieser Minderheit aus den Dörfern um die Stadt Kars kam.

Die relevanten Aufzeichnungen Kara-

bekirs zu diesem Thema setzen im Jänner 1921 ein. Moskau beauftragte damals Budu Mdivani, einen sowjetrussischen Diplomaten, der sich einige Tage in einem der molokanischen Dörfer aufgehalten hatte, mit der Inspizierung von Telegrafmasten bei Kars.² Von Februar bis Mai 1921 fungierte Mdivani als Botschafter der RSFSR in der Türkei. Karabekir verdächtigte den Diplomaten, prosojetische Propaganda unter den Molokanen zu verbreiten. Der Oberbefehlshaber sah aufgrund der Geschichte, der gemeinsamen (russischen) Sprache, aber auch der christlich-orthodoxen Traditionen eine mögliche Verbundenheit der Molokanen mit Sowjetrussland und befürchtete, dass sich die lokale Bevölkerung als leicht manipulierbare Zielgruppe für sozialistische Propaganda erweisen könnte. Sein Verdacht, so schrieb er, wurde durch das Hissen von roten Fahnen in einem der Dörfer bestätigt, was er als feindlichen Akt, konkret als „einen Umsturzversuch von innen [...] während der Befreiung der türkischen Nation im Kampf gegen alle imperialistischen Kräfte“,³ interpretierte.

Kâzım Karabekir machte sich schließlich selbst ein Bild von der Lage. Am 6. Februar 1921 wurde von den Molokanen ein Festessen und ein Gottesdienst veranstaltet, an dem Karabekir mit einigen Begleitern teilnahm.⁴ Er nutzte diese Gelegenheit, um die Lebenswelt der Molokanen genauer zu studieren. Seinen Aufzeichnungen nach zu urteilen, ging er seinen Beobachtungen mit äußerster Präzision nach. Bemerkenswert ist, dass Karabekir nicht nur die passive politische Haltung seiner russischsprachigen Gastgeber hervorhob, sondern auch auf kulturelle Aspekte der Feierlichkeiten einging. Der Gast beschrieb detailliert die Speisen sowie den religiösen Sakralgesang und hielt fest, dass der Konsum von Tabak und Alkohol für Molokanen als große Sünde galt.

Im Frühjahr 1921 stand der Abschluss eines Friedens- und Freundschaftsabkommens zwischen dem Osmanischen Reich und der RSFSR bevor, weshalb die beiden verbündeten Staaten jeglichen bilateralen diplomatischen Konflikten aus dem Weg zu gehen versuchten. Dieser Vertrag sollte die Zusammenarbeit zwischen dem Osmanischen Reich unter der Führung der jungtürkischen Offizierselite und der Kommunistischen Partei an der Spitze Sowjetrusslands fixieren und vertraglich einige Kooperationsbereiche definieren.⁵ Der am 16. März 1921 unterschriebene Vertrag von Moskau

sicherte der Offizierselite um Mustafa Kemal die Unterstützung durch Sowjetrussland als offiziellen Verbündeten. Neben ungeklärten Fragen zu Grenzverläufen zwischen dem Osmanischen Reich und der Armenischen Sozialistischen Sowjetrepublik sollte diese zwischenstaatliche Übereinkunft auch den Status jener BürgerInnen klären, die im jeweils anderen Staatsterritorium der Vertragspartner wohnhaft waren. Gemeint waren damit sowohl ZivilistInnen als auch Gefangene aus dem Ersten Weltkrieg.

Auswanderungswellen

Die osmanische Regierung beschloss schließlich in einem Dekret die Ausweisung der Molokanen. Da dies den Bestimmungen des Vertrags von Moskau widersprach, musste diese Maßnahme auf eine subtile Art und Weise umgesetzt werden. Die Molokanen zählten als reguläre BürgerInnen, was zur Folge hatte, dass die Männer zur Wehrdienstleistung verpflichtet waren.⁶ Gemäß den religiösen Anschauungen der Molokanen galten jedoch jegliche Angelegenheiten, die mit dem Führen von Waffen oder dem Töten von Menschen in Verbindung gebracht werden konnten, als Sünde. Insofern bestand das Kalkül der osmanischen Regierung darin, durch die Wehrpflicht eine Auswanderung der Molokanen nachhaltig herbeiführen zu können.

Der Entschluss, die Molokanen außer Landes zu bringen, wurde schon im November des Jahres 1921 umgesetzt. Die Molokanen widersetzten sich zunächst dieser geplanten Maßnahme, da sie das Land nicht verlassen wollten. Kâzım Karabekir versuchte sogar, den Molokanen entgegenzukommen, indem er ihnen ein Angebot machte: Statt aktiven Dienst in der Armee gegen die Truppen der Besatzer zu leisten, sollten die betroffenen Dorfbewohner zumindest Teile der Versorgung für die Widerstandstruppen übernehmen. Auch dieser Versuch blieb erfolglos. Damit begann der erste Exodus der Molokanen aus dem Osmanischen Reich, der sich bis in das Jahr 1922 ziehen sollte.

Dass den Molokanen ein Ultimatum gestellt worden war, löste zwar in den Reihen der Bolschewiki Empörung aus, erwies sich aber in weiterer Folge als unbedeutendes Detail, da die Zusammenarbeit der beiden Regierungen über dem Schicksal dieser Minderheit stand und nicht gefährdet werden sollte. Eine Protestnote des sowjetrussischen Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten

Georgij Tschitscherin an die osmanische Botschaft in Moskau ließ nicht lange auf sich warten. Er brachte hierin in diplomatischer Sprache das Unbehagen Moskaus zum Ausdruck⁷ und erhöhte damit den Druck auf die jungtürkische Regierung, um die Molokanen vor dem gestellten Ultimatum zu bewahren. In einer Nachricht vom 2. Dezember 1921 forderte Tschitscherin die Aufhebung des Status der Molokanen als osmanische Bürger, die zum Wehrdienst verpflichtet waren, nannte aber keine konkrete Alternative hinsichtlich deren Status'. Im Übrigen drohte der Verfasser dieser Protestnote im schroffen Ton mit ähnlichen Maßnahmen gegen Osmanen, die zum damaligen Zeitpunkt auf sowjet-russischem Staatsgebiet lebten: „Türken, die in Russland sind, wird man darüber unterrichten, wer die Verantwortung für ihre schwere Lage trägt. Die Sowjet-herrschaft kann diese Schuld nicht den Arbeitermassen zuschreiben [...]“.⁸ Ein tatsächlicher Einzug der Molokanen in die Reihen der Streitkräfte bzw. eine Zwangsrekrutierung durch die Widerstandsarmee ist zwar in keinem Falle belegt, dennoch erwies sich diese erste Auswanderungswelle als die größte. Schätzungen zufolge verließen 1921 bereits über 10.000 Molokanen ihre Heimatdörfer bei Kars Richtung Sowjet-russland.

Oberbefehlshaber Karabekir hatte die Idee, noch im selben Jahre die verlassenen Gehöfte, Häuser und Felder weiterhin für landwirtschaftliche Zwecke zu nutzen. Er empfahl eine genaue Inspektion dieser Gebiete, um eine Inventarliste anzufertigen.⁹ Bestände, die in den Verlassenschaften vorgefunden wurden, konnten für militärische Zwecke an der Front verwendet werden. Ein Grund für die enorme Anzahl an Molokanen, die gleich bei der ersten Welle das Land verließ, war die Tatsache, dass ihnen von staatlicher Seite Gebiete in der RSFSR bzw. später in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zugesprochen wurden. Ab 1926 wurden molokanischen Gemeinden in den südrussischen Steppen um Salski gegründet.

Ein weiterer Grund für die hohe Beteiligung an der ersten Auswanderungswelle der Molokanen war deren religiöse Regel, die gemäß ihrer Überlieferung vorsah, dass es zwischen Braut und Bräutigam mindestens sieben Verwandtschaftsgrade geben müsse. Da sich bei einer geringen Anzahl an Gemeinschaftsmitgliedern die Heiratsbedingungen erheblich erschwert hätten, waren



Gruppenfoto von Molokanen, ca. 1870

die Molokanen daran interessiert, die demografischen Voraussetzungen für weitere Eheschließungen durch Expatriierung aufrecht zu halten. Es mussten folglich möglichst viele Angehörige gemeinsam leben, um Ehen schließen zu können. Zudem war eine Heirat mit Personen außerhalb der eigenen Gemeinschaft untersagt.

Die Anzahl der Molokanen, die zunächst in den nunmehr in der Türkei gelegenen Dörfern bei Kars verblieben und schließlich Anfang der 1960er Jahre auswanderten, wird auf ca. 1.500 geschätzt. Von diesen siedelte ein großer Teil in die Sowjetunion, ein kleinerer Teil bevorzugte die USA als Destination, da es dort bereits eine größere Gemeinschaft von Molokanen gab. Etwa 1.500 Molokanen leben noch heute im Dorf İvanovka in Aserbaidshan, das Mitte des 19. Jahrhunderts von Molokanen gegründet worden war. Es gibt keine exakten demografischen Erhebungen über Nachfahren der osmanischen Molokanen, die noch heute in der Türkei leben. Schätzungen zufolge beträgt deren Anzahl unter 100 Personen.

Anmerkungen:

1/ Die Demokratische Republik Armenien war im Mai 1918 aus der Transkaukasischen Demokratisch-Föderativen Republik hervorgegangen, als sich der armenische Teil aus diesem im Februar desselben Jahres gebildeten Staatenbund löste. Sie existierte bis 1920/22.

2/ Kâzım Karabekir: İstiklal Harbimiz [Unser Befreiungskrieg], Bd. 2. Istanbul 2016, S. 1010.

3/ Ebd.

4/ Ebd., S. 1020.

5/ Vgl. Andrej B. Reznikov: Sovetskaja Rossija – Turcija: Ot Pervych Kontaktov do Zaključenija Moskovskogo Dogovora (16 Marta 1921 g.) [Sowjetrussland – Türkei: Von den ersten Kontakten bis zum Vertrag von Moskau (16. März 1921)], in: *Istoričeskie Nauki*, 1. Jg. (2014), Nr. 1, S. 185–189, hier S. 185.

6/ Vgl. Yavuz Aslan: „Milli Mücadele“. Döneminde Türk-Sovyet ilişkilerinde Molokanlar (Malakanlar) Sorunu [Das Problem der Molokanen (Malakanen) zur Zeit der türkisch-sowjetischen Beziehungen im „Streit der Nation“], in: *Atatürk Üniversitesi Türkiyat Araştırmaları Enstitüsü Dergisi* [Zeitschrift des Instituts für Türkei-Forschung an der Atatürk Universität], 18. Jg. (2001), Nr. 8, S. 275–307, hier S. 282.

7/ Nota Narodnogo Komissara Inostrannyh Del RSFSR Poslu Turcii v Ali Fuadu [Note des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten an den Konsul der Türkei Ali Fuat], in: Ministerstvo Inostrannyh Del SSSR [Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR] (Hg.): *Dokumenty Vnešnej Politiki SSSR* [Dokumente zur Außenpolitik der UdSSR], Bd. 4. Moskau 1960, S. 495f.

8/ Wie in vielen Schriftstücken der Korrespondenz zwischen dem Osmanischen Reich und der RSFSR werden dort osmanische Bürger pauschal als „Türken“ bezeichnet und die RSFSR als „Russland“ (ebd., S. 557).

9/ Es ging nicht nur um die Vergabe von ehemaligen Gütern und Grundbesitzen der Molokanen, sondern auch darum, die Verlassenschaften zu schützen, da zur Zeit des Befreiungskriegs häufig organisierte Raubzüge stattfanden. Vgl. Karabekir: *İstiklal Harbimiz*, S. 1260.

Yves Montands Konzertreise in die Sowjetunion 1956/57

Vor 40 Jahren, am 30. September 1985, starb Simone Signoret, französische Filmschauspielerin, Schriftstellerin und politische Akteurin, mit 64 Jahren. Von 1951 bis zu ihrem Tod war sie mit Yves Montand verheiratet, einem der bedeutendsten französischen Chansonniers und Schauspieler seiner Zeit. Ihre politische Einstellung allerdings, ihren politischen Aktivismus, verdankte sie nicht Montand. In Wiesbaden als Simone Kaminker geboren, hatte sie mit Montand zwar den Jahrgang 1921 gemeinsam, ansonsten aber eine ganz andere Vergangenheit. Ihr Vater André Kaminker, ein Übersetzer polnisch-jüdischer Herkunft, war dort als französischer Besatzungsoffizier stationiert; ihre katholische Mutter Georgette Signoret stammte aus Südfrankreich; ab 1923 lebte die Familie in Paris. „Ich, oder vielmehr die, die ich heute bin, wurde 1941 im Café de Flore geboren“, schrieb sie knapp zehn Jahre vor ihrem Tod. Zuvor war sie künstlerisch und politisch zwar alles andere als konformistisch, hatte als Schülerin Picassos „Guernica“ bei der Pariser Weltausstellung 1937 bewundert, ohne vom Spanischen Bürgerkrieg viel zu wissen, und zugleich unmissverständlich festgehalten: „Wirklich in mein Leben eingetreten ist Hitler erst mit der massenhaften Aufnahme von deutschen jüdischen Mädchen in die Oberschule. Wenn die Leute sagen: ‚Wir wussten nicht, was in Deutschland vorging‘, frage ich mich, wie sie das gemacht haben. Ich weiß nicht, wie sie sich die Augen zugehalten und die Ohren verstopft haben!“

Im Pariser Café de Flore hatte Signoret eine Reihe jener oppositionellen Intellektuellen und Künstler kennengelernt, die nach 1945 das kulturelle Leben weit über Frankreich hinaus prägten: Den Regisseur Alain Resnais oder den Schriftsteller und Filmer Chris Marker kannte sie schon als Schulkameraden, und über den Lyriker, Schriftsteller und Drehbuchautor Jacques Prévert kamen Alberto Giacometti, Pablo Picasso, Michelangelo Antonioni, Jean-Paul Sartre, Louis Aragon und andere dazu, mit denen meist eine lebenslange Freundschaft aufrecht blieb. Nach der Befreiung hat sich dieser Kreis noch ungeheuer erweitert.

Montand, Sohn proletarischer italienischer Einwanderer, die als Kommunisten

vor dem italienischen Faschismus geflüchtet waren, war vor der Ehe mit Signoret von Edith Piaf verlassen worden, hatte verbissen seine künstlerischen Qualitäten verbessert und war auf Vieles neugierig. Aber es gab Grenzen: In den 1950er Jahren war sowohl für Signoret als auch für Montand eine Reise in die USA kein Thema, da keine Chance auf Visa bestand. Beide hatten 1950 den „Stockholmer Appell“ zur Ächtung der Atombombe und gegen deren Ersteinsatz unterschrieben und sich 1951 gegen die Verfolgung und Verurteilung von Julius und Ethel Rosenberg als „Spione“ in den USA eingesetzt. Letzteres gemeinsam mit Jean-Paul Sartre, Albert Einstein, Pablo Picasso, Fritz Lang, Bertolt Brecht oder Frida Kahlo als prominente Speerspitze einer weltweiten Massenmobilisierung. (Die Rosenbergs wurden 1953 hingerichtet.) Darüber hinaus führten sie Arthur Millers Stück „Hexenjagd“ (The Crucible; frz: Les Sorcières de Salem), in dem es indirekt um die Hexenjagd unter McCarthy und die Geschichte der Rosenbergs ging, „in zwei Theaterwintern von jeweils sechs Monaten dreihundertfünfundsiebzigmal“ auf, so Signoret, unter anderem mit Gérard Philipe, Bernard Blier und Serge Reggiani, letzterer ein Jugendfreund Signorets. Das Drehbuch für den ab 1957 laufenden, von der DDR koproduzierten gleichnamigen Film mit Signoret, Montand, Michel Piccoli und andern schrieb auch auf Wunsch von Arthur Miller, der eine Zeit lang die USA nicht verlassen durfte, Jean-Paul Sartre.

In den 1976 unter dem Titel „La nostalgie n'est plus ce qu'elle était“ (wörtlich: „Die Nostalgie ist nicht mehr, was sie war“; deutsch 1977 mit dem Titel „Ungeteilte Erinnerungen“) erschienen Erinnerungen Signorets schildert sie unter anderem das Zustandekommen und die Umstände von Montands Konzertreise 1956/57 in die Sowjetunion und Warschauer Pakt-Länder. Ihr Bericht geriet weniger euphorisch als der 1957 in Moskau entstandene mehr als einstündige Film (Regie: Mikhail Sluzki) über Montands Konzertstationen Moskau, Leningrad und Kiew, der ab 1961 von der DEFA synchronisiert gezeigt wurde. Einige Monate nach der Vertragsunterzeichnung mit der sowjetischen Konzertagentur, so schreibt Sig-

noret, kam „der November 1956, der traurigste, absurdeste, grausamste und lehrreichste Monat unseres gemeinsamen Lebens“: „Im Fernsehen wurden Aufnahmen des brennenden Budapest sehr viel häufiger gesendet als Berichte über das, was sich in Suez abspielte. Die Entführung Ben Bellas und seiner vier Kameraden aus Algier wurde als äußerst gelungener Scherz betrachtet.“

Die Reise verzögerte sich, auch infolge der Ungarn-Krise, um einen Monat, wobei die kulturell-politischen „Schlachtenbummler“ in Frankreich erwartungsgemäß in zwei Lager geteilt waren: Wenn ihr hinfahrt, gebt ihr den Russen einen Freibrief, riefen die einen; wenn ihr dableibt, den Reaktionären, die anderen. „Alles war mörderisch, das Mitgefühl der einen und der Hass der anderen.“ Die Entscheidung fiel, als ein Produzent Montand anrief und erklärte: „Wenn du dorthin fährst und singst, wird nichts aus dem [vertraglich vereinbarten] Film“ (über Modigliani), worauf Montand noch im selben Telefonat antwortete: „Ich war nicht sicher. Aber jetzt fahre ich.“

Montand war in der Sowjetunion kein Unbekannter. Französische Chansons waren in den 1950er und 60er Jahren in der Sowjetunion weit verbreitet und beliebt. Russische Lieder und französische Chansons befruchteten einander, und Sowjetbürger „pfißen die Melodie der ‚Grands Boulevards‘ lange bevor sie ‚Lohn der Angst‘ gesehen hatten“, meinte Signoret zur Beliebtheit von Montands Chanson über das „Flanieren auf den großen Boulevards“. Und noch zu Beginn der 1960er Jahre sang Gilbert Bécaud mit dem Lied „Nathalie“ eine Hymne auf Moskau, den Roten Platz und die dortige Begegnung mit Nathalie, die des Reimes wegen nicht Natascha hieß. Signoret hingegen, so behauptete sie, galt trotz eines dort wenige Jahre zuvor gezeigten Films nur als „Frau von Montand“ und fungierte „als Groupie“, wie sie schrieb.

Aber das war natürlich auch Koketterie, wie sich bald erweisen sollte. Unangekündigt und völlig überraschend konnte das Publikum eines Dezemberabends in Moskau „zwei Schauspiele verfolgen: Montand auf der Bühne und die fünf klatschenden Männer in ihrer Orchesterloge: Chruschtschow, Molotow, Mikojan, Bulganin und Malenkov.“ Und



Yves Montand (links) und Simone Signoret während ihres Besuchs in Moskau im Dezember 1956

ebenso unangekündigt und überraschend luden die langjährigen sowjetischen Spitzenfunktionäre dann zu einem „kleinen Souper“ in einem Speisezimmer hinter der Orchesterloge – ohne Kameras und Mikrofone. Sodass „statt eines Händedrucks fürs Objektiv“, mit dem „auf Zeit und Ewigkeit Augenblicke festgehalten [werden], in denen nie etwas Reales vor sich geht oder gesagt wird, wir die aufregendsten drei Stunden unseres Daseins als Sänger und Schauspieler erleben sollten“.

Es gibt nichts, was gegen die Glaubwürdigkeit von Signorets Wiedergabe der offenen Diskussion sprechen könnte. Montand verurteilte die Militärintervention in Budapest, worauf Chruschtschow auf Stalin und seine Gefolgsleute in Ungarn und Polen und seinen eigenen Bericht am 20. Parteitag verwies, der in Frankreich noch als „angeblicher“ bezeichnet worden war: „Wir retteten den Sozialismus vor der Konterrevolution.“ – „Aber, sagte Montand, auch Tito haben Sie früher für einen Konterrevolutionär und einen Verräter gehalten. – Fehler der Vergangenheit, antwortete Chruschtschow.“ – „Und wir erzählten ihm über Paris im November 1956, über die Verwirrung mancher Mitglieder der kommunistischen Partei, die sich trotzdem die Köpfe einschlagen oder sich beschimpfen ließen, um sie, die Russen, zu verteidigen. Die Sprengung der Friedensbewegung, die bewirkt hatte, dass ihnen auf der ganzen Welt Tausende von alten Weggenossen verloren gegangen waren. In einer Woche hatten sie aufgehört, nur die Helden von 1917 und die Sieger von

Stalingrad zu sein“, und so weiter. „Und ich schwöre, dass sie uns zuhörten. Es war eine außerordentliche Erleichterung, dass wir den Vertretern der größten kommunistischen Partei der Welt ins Gesicht sagen konnten, was wir versucht hatten, den französischen Kommunisten klarzumachen.“ Montand stellte klar, dass sein Kommen kein Einverständnis bedeutete, und wurde für seine Offenheit bedankt, und Signoret beendete am Ende die Trinksprüche, indem sie ihr Glas „auf die Prawda“ erhob – „nicht auf die Zeitung ‚Prawda‘“, sondern auf die Wahrheit. „Darüber mussten sie sehr lachen.“

Signorets Schilderungen der manchmal euphorischen oder auch traurigen Begegnungen mit Konzertbesuchern oder in Betrieben ergeben noch heute ein beeindruckendes Bild des zwiespältigen Zeitgeists in der damaligen Sowjetunion, eine Stimmung der Öffnung, des Aufbruchs und der euphorischen Freude, die andererseits gedämpft wurde durch die Wunden der Vergangenheit nicht nur des Großen Vaterländischen Krieges, sondern auch durch das Geducktsein und die Ängste der Stalinzeit und das dadurch beförderte Misstrauen. Ähnliches berichtet Signoret auch von den darauffolgenden Stationen in osteuropäischen Ländern, die sie allerdings nicht über einen Kamm schert – samt Begegnungen mit Ilja Ehrenburg, Miloš Forman oder Nâzim Hikmet. Ihre Glaubwürdigkeit wird noch dadurch verstärkt, dass sowohl sie als auch Montand jegliche Prahlerei vermieden. Noch in Moskau wollte der französische Botschafter erfahren, worüber beim „kleinen Souper“ gespro-

chen wurde. „Über sehr interessante Dinge, sagte mein Mann, der kein Auskunftgeber für den Quai d’Orsay [das Außenministerium] ist.“ Und wieder in Paris blockten beide alle Journalistenanfragen ab: „Unsere Feinde vom November sollten nicht die Befriedigung haben, unsere Bitterkeit genießen zu können, und unsere Freunde vom November auch nicht die Freude, sich mit unseren angeblichen Begeisterungsausbrüchen großzutun.“

Dies entsprach auch „einer Art Protokoll, das wir unter uns festlegten, nachdem wir von unseren Reisen nach Osten und Westen zurückgekehrt waren“. Und: „Wir haben niemals persönliche Beziehungen mit denen, die an der Macht waren, gehabt. Wir sind nicht ins Elysée gegangen, als de Gaulle uns einlud, wir sind nicht hingegangen, als Pompidou uns einlud, und wir würden auch nicht hingehen, falls Mitterrand der Einladende wäre.“ Simone Signoret starb im September 1985 zuhause in Auteuil-Authouillet, 50 Kilometer westlich von Paris. Sechs Jahre später wurde Yves Montand auf dem Pariser Friedhof Père Lachaise im gemeinsamen Grab beigesetzt.

KARL WIMMLER

Neuerscheinung

Anfang des Jahres 1939 verhaftete die Gestapo in Graz sowie in der Ost- und Weststeiermark die von August Pirker nach dem „Anschluss“ 1938 neu aufgebauten Widerstandszellen der KPÖ. Pirker wurde 1940 vom Volksgerichtshof zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Juli 1943 wurde er in das Straf- und Bewährungsbataillon 999 eingezogen und nach Griechenland in Marsch gesetzt. Dort lief er im Jahr 1944 zu den griechischen Partisanen der ELAS über und kämpfte in ihren Reihen mit. Ein von August Pirker über seine Zeit bei der ELAS geschriebenes Manuskript liegt nun als Buch vor.



August Pirker: St' Armata! Als Österreicher bei den griechischen ELAS-Partisanen, hg. von Heimo Halbrainer. Graz: Clio 2025, 140 Seiten, 20 Euro
Bestellungen: verlag@clio-graz.net oder im Buchhandel.

Oktoberstreik: verblassender Erinnerungsort

Zum 75. Jahrestag der Streikbewegung vom September und Oktober 1950

Ein Dreivierteljahrhundert ist nunmehr vergangen seit der großen Streikbewegung vom September und Oktober 1950. Der damalige Massenstreik richtete sich gegen das 4. Lohn-Preis-Abkommen, das von Regierung und Gewerkschaftsvertretern geheim ausverhandelt worden war und auf massive Preissteigerungen und Reallohnverluste hinauslief. Die KPÖ sprach sich strikt gegen den „Preistreiberpakt“ aus und erkannte im Streik das einzige Mittel, eine Rücknahme des Abkommens zu

von langer Hand geplanter Umsturzversuch der KPÖ interpretiert.

ÖGB 2015: kein Putsch

Die Putschlegende war über Jahrzehnte die zentrale Interpretationsvariante der Ereignisse im September und Oktober 1950, getragen von Parteien, Gewerkschaft und Medien. Sie blieb bis in die jüngere Vergangenheit herauf eines der wirksamsten Instrumente des sozialdemokratischen und bürgerlichen Lagers in der politischen Auseinandersetzung

und Oktober 1950 einen Versuch zur Machtübernahme gestartet habe, sowohl in der wissenschaftlichen Literatur als auch in der öffentlichen Meinung als „common sense“. In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre geriet die Putschlegende immer mehr ins Wanken. In der zeitgeschichtlichen Forschung begann sich die Meinung durchzusetzen, dass es sich beim Oktoberstreik um einen wirtschaftlichen Abwehrkampf und nicht um eine versuchte Machtübernahme der KPÖ gehandelt hat. Vor nunmehr zehn Jahren,



erzwingen. Der Streik begann am 26. September 1950, am 30. September richtete eine gesamtösterreichische Betriebsrätekonferenz ein Ultimatum an die Regierung, die Belastungen rückgängig zu machen. Die Regierung war jedoch zu keinen Konzessionen bereit und verweigerte Verhandlungen. Insgesamt beteiligten sich am Oktoberstreik etwa 190.000 Beschäftigte aus 770 Betrieben. Das entsprach in etwa 40 Prozent der damaligen Beschäftigten in der Industrie.

Bereits in den Streiktagen wurde von Regierung, Gewerkschaft und Medien eine massive Gegenkampagne gestartet, um die Protestbewegung gegen die sozialen Belastungen als kommunistischen Putschversuch zu diskreditieren. Der Antikommunismus wurde gegen die Streikenden instrumentalisiert, um sozialdemokratische und parteilose ArbeiterInnen von Protesten abzuhalten. Ungeachtet der Tatsache, dass es sich bei der Streikbewegung um eine spontane Aktion der unzufriedenen ArbeiterInnen-schaft über Parteigrenzen hinweg handelte, wurde die Lohnbewegung bis in die jüngere Vergangenheit herauf als ein

mit der KPÖ.¹ Die Hauptfunktion dieser Geschichtslegende bestand darin, ein vom „Aufbaumythos“ geprägtes Bild über die Besatzungszeit aufrechtzuerhalten und die unmittelbare Nachkriegszeit als erfolgreiches Aufbauwerk von Regierung und Sozialpartnern sowie als Abwehrkampf gegen die angebliche kommunistische Bedrohung darzustellen. Vor diesem Hintergrund entwickelte sich der Oktoberstreik zu einem zentralen „Erinnerungsort“ der Zweiten Republik, der von aktuellen politischen Interessen umkämpft blieb. Von seiner geschichtspolitischen Bedeutung zeugt nicht zuletzt die Tatsache, dass zu runden Jahrestagen des Streiks stets in allen großen österreichischen Tageszeitungen lange Beiträge über die damaligen Ereignisse erschienen sind. Diese Artikel waren meist schlecht recherchiert, reißerisch aufgemacht und auf die Frage reduziert, ob es sich um einen Putschversuch der KPÖ gehandelt habe. Hintergründe und Verlauf der Streikbewegung spielten demgegenüber nur eine untergeordnete Rolle.

Bis in die 1970er Jahre galt die Behauptung, dass die KPÖ im September

im Oktober 2015, fasste der ÖGB-Bundesvorstand den Beschluss, dass die Legende vom „Kommunistenputsch“ als wissenschaftlich widerlegt zu betrachten sei. Die nach dem Streik aus dem Gewerkschaftsbund ausgeschlossenen 78 GewerkschaftsfunktionärInnen – vor allem Kommunistinnen und Kommunisten, unter ihnen auch der damalige Vizepräsident des ÖGB Gottlieb Fiala – wurden rehabilitiert.²

Auf der einen Seite ist diese Neubewertung der Streikbewegung durch den ÖGB ein gewaltiger geschichtspolitischer Fortschritt, markiert er doch gewerkschaftsintern den Schlusspunkt unter eine der langlebigsten Legenden der österreichischen Geschichte. Auf der anderen Seite reflektiert dieser Beschluss aber auch die Tatsache, dass der Oktoberstreik als zentraler „Erinnerungsort“ der Zweiten Republik an Bedeutung verloren hat. Der sichtbarste Ausdruck dieser Entwicklung besteht darin, dass der Oktoberstreik zum 75. Jahrestag – ganz im Gegensatz zu früheren Jahren – keinerlei Niederschlag in Zeitungen und Zeitschriften gefunden hat. Es ist dieses Jahr nicht ein Beitrag er-

schiene, der an die Streikbewegung im Jahr 1950 erinnert hätte.

Positive Kampftradition

Während der Oktoberstreik als „Erinnerungsort“ an den Kalten Krieg und die angebliche kommunistische Bedrohung weiter verblasen wird, geht es für die Gewerkschaftsbewegung darum, ihn als „Erinnerungsort“ an die sozialen Auseinandersetzungen der unmittelbaren Nachkriegszeit erst zu entdecken. Der Streik des Jahres 1950 war der Höhepunkt einer langen Reihe von Klassenkämpfen in den Jahren 1947 bis 1950, die von Massenkundgebungen, Lohnkämpfen und spontanen Streiks gekennzeichnet waren. Der ÖGB-Vorstand hat 2015 zwar die Putschthese zurückgewiesen, dies hatte jedoch nicht zur Folge, dass der Oktoberstreik einen positiven Eingang ins Geschichtsbild des Gewerkschaftsbundes gefunden hätte. Als Kampftradition der österreichischen ArbeiterInnenbewegung ist die Streikbewegung in der Geschichtspolitik des ÖGB weiterhin nicht präsent.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen bleibt der Oktoberstreik ein erinnerungspolitischer „Kampfplatz“ innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Die Streikbewegung im Herbst 1950 ist ein Beleg dafür, dass die damalige Belastungspolitik nicht ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen wurde, was ihr eine unmittelbare Aktualität verleiht. Ohne allzu lineare Parallelen zwischen der damaligen Belastungspolitik und der Gegenwart herstellen zu wollen, ist doch festzustellen, dass Teuerung und Reallohnverluste heute erneut dominierende Erscheinungen der kapitalistischen Entwicklung sind. Entscheidend wird sein, ob der ÖGB seine nachgiebige Praxis der letzten Jahrzehnte fortsetzen oder ob er der aktuellen Belastungspolitik entschlossene Gegenwehr entgegensetzen wird.

MANFRED MUGRAUER

Anmerkungen:

1/ Hautmann, Hans: Der „Kommunisten-Putsch“ 1950. Entstehung und Funktion einer Geschichtslegende, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 17. Jg. (2010), Nr. 3, S. 1–5; Mugrauer, Manfred: Putschlegende revisited. Eine Bestandsaufnahme zum 70. Jahrestag des Oktoberstreiks, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 27. Jg. (2020), Nr. 3, S. 1–11.

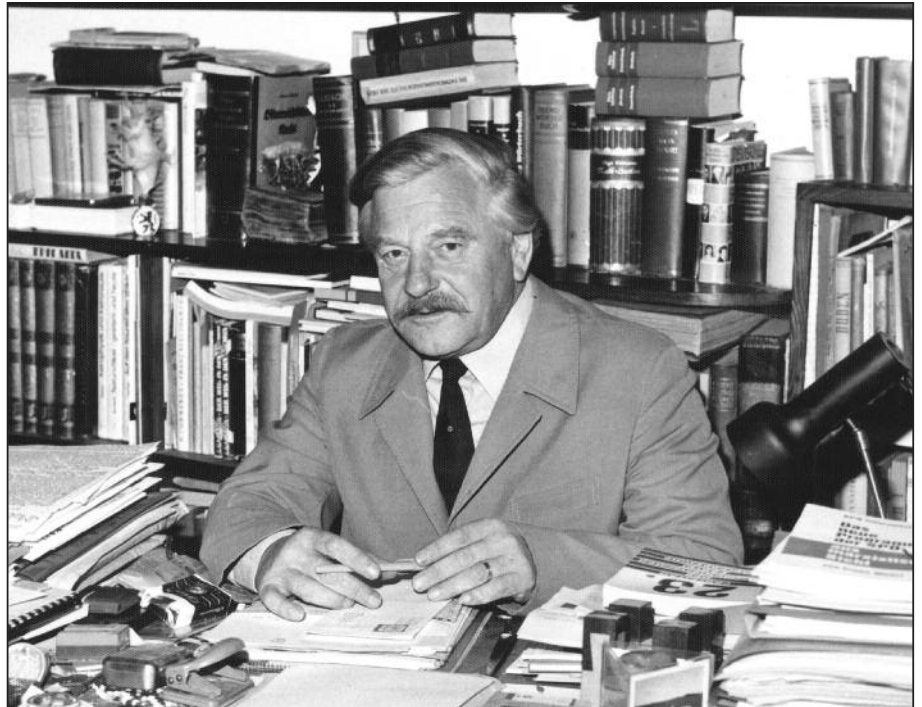
2/ Autengruber, Peter/Mugrauer, Manfred: Oktoberstreik. Die Realität hinter den Legenden über die Streikbewegung im Herbst 1950. Sanktionen gegen Streikende und ihre Rücknahme. Wien: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 2016.

Georg Hofer (Hg.): „Ich bin in Opposition zu meiner Zeit getreten...“ Franz Kain (1922–1997). Linz: Adalbert-Stifter-Institut des Landes Oberösterreich 2025, 198 S., 25 Euro

Die Rezeption von Franz Kains literarischer Produktion hierzulande lässt sich grob und keinesfalls in einem literaturwissenschaftlichen Sinn in mehrere Etappen unterteilen. Zuerst jene des beharrlichen Verschweigens. Kain war ausgeschlossen von jener literarischen Öffentlichkeit, „die sich als repräsentativ

möge weniger mit Hammer und Sichel dichten, so erzählt dies keineswegs etwas über den Roman, aber dafür umso mehr über den Verfasser der Rezension und dessen antikommunistischen Furor. Sein Antikommunismus war – obwohl Thomas Mann zufolge die „Grundtorheit der Epoche“ – damals eben die vorherrschende geistige Strömung, der sich die Kultur- und Verlagspolitik im Kalten-Kriegs-Österreich unterzuordnen hatte.

Völlig anders war der Umgang der VertreterInnen des Kulturlebens der DDR mit dem jungen Kain, wie Gerhard



Franz Kain in seinem Redaktionsbüro der „Neuen Zeit“ in Linz

tive ausgegeben hat“, wie der Kulturwissenschaftler Alfred Pitterschscher kritisch anmerkte. Kain wurde in Österreich weder verlegt (mit Ausnahme von Kooperationsdrucken des Berliner Aufbau-Verlags mit dem Globus-Verlag der KPÖ), und die Besprechungen seiner Arbeiten hielten sich in Grenzen. So wurde Kain in den ersten 40 Jahren seines literarischen Schaffens mit weniger als 20 Artikeln in österreichischen Zeitungen und Zeitschriften bedacht. Diese wiederum waren zumeist getrieben von antikommunistischen Ressentiments. Denn, was die AutorInnen der vorherrschenden Zeitungen hierzulande Kain vorwarfen, nämlich eine politische Agenda zu verfolgen, traf auf eben diese KritikerInnen in viel höherem Maße zu. Wenn beispielsweise der Schreiber der *Oberösterreichischen Nachrichten*, Josef Laßl, Kain angesichts des Erscheinens von dessen Roman „Der Föhn bricht ein“ Anfang der 1960er Jahre ermahnte, er

Zeillinger in seinem Beitrag „Franz Kain im Literaturbetrieb Österreichs und der DDR“ in einem vom Adalbert-Stifter-Institut herausgegebenen Sammelband skizziert. Hildegard Bronnen, die geschiedene Frau des Schriftstellers Arnolt Bronnen, hatte beste Kontakte zur Kulturszene der jungen DDR. Sie übermittelte ein Konvolut von Manuskripten an den Dramaturgen und Kritiker Herbert Ihering, der diese an den künstlerischen Leiter des Aufbau-Verlags Max Schroeder weitergab. Der Berliner Aufbau-Verlag befand sich zu dieser Zeit als „kollektives sozialistisches Eigentum“ in der Hand der AutorInnen. Er war der bedeutendste Literaturverlag der DDR und das literarische Zuhause etwa von Anna Seghers, Lion Feuchtwanger oder Oskar Maria Graf. Nicht die schlechteste Adresse also. Schröder bekundete sofort echtes Interesse und erklärte, dass man sich mit der Angelegenheit ernsthaft befassen werde. Eine Ansage, die andern-

orts ein Begräbnis erster Klassen ist, in der DDR aber zur Folge hatte, dass Kains Erzählung „Das Beerenmädchen“ in der Zeitschrift *Neue Deutsche Literatur* veröffentlicht wurde. Es folgte das Buch „Romeo und Julia an der Bernauerstraße“, das 1955 im Aufbau-Verlag erschien. Kain hinterließ damit einen bleibenden Eindruck. Als Kain Jahre später Anna Seghers vorgestellt wurde, begrüßte sie ihn mit den Worten „Du bist der mit den Erdbeeren“. Die gründliche Auseinandersetzung des DDR-Verlagswesens mit Franz Kain hatte zur Folge, dass dieser sein Schreiben in eine völlig andere Richtung entwickelte. Hatte Kain zu Beginn mehrere Sonette eingereicht, bestärkte ihn die Kritik von Peter Huchel, dem damaligen Chefredakteur der literarischen Zeitschrift *Sinn und Form*, sich mehr den erzählerischen Formen zuzuwenden. Darin brachte es Kain in weiterer Folge zur Meisterschaft.

„Die Überlegenheit des (sozialistischen) Systems resultiert aus der besseren Literatur“, merkte der Schriftsteller Heiner Müller in einem Interview an. Die Überlegenheit des Sozialismus resultierte aber auch aus dem besseren Verlagswesen, wäre zu ergänzen. Die Werke von Franz Kain erlebten in der DDR Auflagen, von denen AutorInnen in österreichischen Verlagen nur träumen können. So hatte sein 1986 erschienenes Taschenbuch „Das Schützenmahl“ eine Startauflage von 58.000 Stück.

Später, die DDR war im Begriff abgewickelt zu werden und der Aufbau-Verlag stand kurz vor der Privatisierung, fand Kain seine literarische Heimstatt beim österreichischen Verlag *Bibliothek der Provinz*, der 1991 seinen großen autobiografischen Roman „Auf dem Taubenmarkt“ herausbrachte. Diese Zeit markiert auch den Beginn einer ernsthafteren Auseinandersetzung der Literaturkritik mit Franz Kain. Bis zu diesem Zeitpunkt lag an wissenschaftlichen Arbeiten über den Schriftsteller ausschließlich die Dissertation von Judith Gruber aus dem Jahr 1985 vor.

1989 erhielt Franz Kain den Kulturpreis des Landes Oberösterreich für Literatur und 1994 den Großen Adalbert-Stifter-Preis des Landes, im gleichen Jahr erschien auch die ihm gewidmete Sonderausgabe der Literaturzeitschrift *Die Rampe*, editiert von Alfred Pitterschscher. Von einer literaturwissenschaftlichen Auseinandersetzung, welche eine Interpretation der politischen Haltung und des künstlerischen Vermögens von Kain untersucht, war man

damals noch weit entfernt. Der vorliegende Band des Linzer Adalbert-Stifter-Hauses ist ein Schritt in diese Richtung. So skizziert Georg Hofer, der Herausgeber des Sammelbands, Franz Kains journalistische Arbeit, Helmut Neundlinger wiederum porträtiert den politischen Aktivist und politischen Mandatar Kain. „Die Zeitungsarbeit war für Kain, der als Journalist wie als Politiker stets Oppositioneller war, niemals nur Broterwerb, sondern immer auch ein Mittel, politisch wirksam sein zu können“, wird Judith Gruber zitiert. Dass beides auf die literarische Produktion in mehrerlei Hinsicht einen starken Einfluss hatte, ist evident: Einerseits war Kain nicht der Luxus gegönnt, als freier Schriftsteller arbeiten zu können. Er musste die Zeit für die Literatur immer irgendwo abzwacken und vor sich und seinen MitstreiterInnen rechtfertigen. Andererseits ermöglichte ihm das politische Feld eine Nähe zum Gegenstand seiner literarischen Produktion, nämlich den „Nöten der Mühseligen und der Beladenen“. Diesen zuzuhören und ihnen eine Stimme zu verleihen, zählt zu den wesentlichen Ansätzen seines literarischen Selbstverständnisses, wie dies in seinen autobiografischen Romanen „Der Föhn bricht ein“ und „Auf den Taubenmarkt“ deutlich zum Ausdruck kommt. Und schließlich verlieh die literarische Praxis seinen Reden im Gemeinderat oder bei politischen Veranstaltungen eine in hohem Maße künstlerische Note. Das zuweilen bildungsferne Gemeinderatsvolk kam so zu Literaturgenuss – ein zusätzlicher volksbildnerischer Nebeneffekt.

Beispiele dieser literarischen Politbeiträge sind im letzten Teil des Sammelbands abgedruckt. Etwa Kains Rede auf einer Festveranstaltung der Stadt Linz anlässlich des 40. Jahrestags der Befreiung vom Faschismus im Jahr 1985, in welcher er den regierenden Politikern gehörig die Leviten las. Aber auch Vorträge an Universitäten, wie etwa jener in Moskau über die jugendliche Lenin-Lektüre oder jener in Innsbruck über autobiografisches Schreiben. Ein Kapitel mit Bildern aus Kains Leben und zahlreichen Faksimiles von Manuskripten und Briefen machen aus diesem Band nicht nur ein Bilder- und Lesebuch, das Einblicke in die vielschichtige Persönlichkeit und in seine Arbeitsweise bietet, es macht darüber hinaus Lust auf die Lektüre von Kains Büchern. Sie sind nach wie vor im Verlag Bibliothek der Provinz erhältlich.

FRANZ FEND

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer

Mitarbeiter dieser Ausgabe: Adam Baltner,

Franz Fend, Christian Kaserer, Manfred

Mugrauer, Atilla Pusat, Karl Wimmeler

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Telefon: (+43-1) 982 10 86

E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

Österreichische Post AG

Sponsoring-Post

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

AKG-Spendenkonto

IBAN: AT66 6000 0000 9202 3930

Alfred Klahr Gesellschaft auf Instagram

Seit einigen Monaten ist die ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT nicht nur auf Facebook, sondern auch auf Instagram präsent. Content Creator ist Christian Kaserer.



https://www.instagram.com/alfred_klahr_gesellschaft